Nr. 73. – 33. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 35 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und genossenschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und -Angebote kosten das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Dienstag, den 14. März 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Heftige Artilleriekämpfe an der Maas und der Mosel.

Worum es sich handelt.

In der neuesten Nummer der „Hilfe" behandelt der bekannte imperialistische Schriftsteller Dr. Paul Rohrbach anknüpfend an die letzten Reden der leitenden Staatsmänner im russischen und englischen Parlament die Kriegsziele der Entente, wie sie sich zum jetzigen Augenblick herausgebildet haben. Wir legen Wert auf die Wiedergabe dieser Darstellung Rohrbachs, weil sie in klarer und übersichtlicher Weise den Kern aus der jetzigen Situation herauszuschälen sucht. Nach Rohrbach ist von Ssasonow und Asquith erklärt worden, „das Kriegsziel sei, wenn auch nicht die Vernichtung Deutschlands, so doch die Vernichtung des preußischen Militarismus". Darunter verständen unsere Gegner „den vermeintlichen Gedanken einer vermeintlich in Preußen-Deutschland während der Zeit vor dem Kriege zur Herrschaft gelangten Partei, die mit Waffengewalt eine deutsche Vorherrschaft in der Welt aufrichten will". Daß es eine solche Partei gäbe, habe man im Auslande teils vor, teils während des Krieges durch sorgfältiges Zusammentragen aller in den letzten zwei Jahrzehnten im Sinne deutscher Herrschaftsziele in Deutschland gemachten Aeußerungen nachzuweisen gesucht. Die Wirkung dieser Arbeit im Sinne der Beeinflussung der öffentlichen Meinung dürfe man nicht unterschätzen. „Diejenigen jedoch" — fährt Rohrbach fort —, „die den Krieg als ihren Krieg gemacht haben, und diejenigen, die während des Krieges gelernt haben, worum es sich in Wirklichkeit handelt, haben aber einen noch viel stärkeren Grund, alle noch vorhandenen Mittel an die Weiterführung des Krieges zu setzen. Dieser Grund ist der, daß sie mit Grauen sehen, was sie für die Zukunft ihrer Völker angerichtet haben, wenn Deutschland nicht besiegt werden kann, sondern statt dessen sich selber siegreich behauptet."

Rohrbach sucht nun im einzelnen darzustellen, durch welche Ziele und welche Interessen die Länder der Entente an die Fortführung des Krieges gebunden seien. Für Italien würde der Sieg Deutschlands den Zusammenbruch bedeuten und die Regierung dem Strafgericht des Volkes ausliefern. Frankreich würde „in einem ungünstigen Frieden seine 17 oder 20 an Rußland geliehenen Milliarden verlieren, dazu seine eigenen Kriegskosten, die Schäden und Verluste, die der Krieg auf seinem Boden angerichtet hat, und womöglich noch eine Entschädigung an uns. Das gäbe eine Summe, die selbst für ein reiches Volk wie das französische von furchtbarer Höhe wäre. Dazu der endgültige Sturz von der Höhe der bisher immer noch genährten Hoffnung auf Elsaß-Lothringen, auf die Revanche und auf die Zurückgewinnung einer führenden Rolle in Europa! Auf absehbare Zeit hinaus, wenn nicht für immer, wäre die französische Nation als Großmacht im früheren Sinne erledigt."

Eingehender als mit den erwähnten Mächten beschäftigt sich Rohrbach mit England und Rußland und deren Rolle im jetzigen Krieg. „England," schreibt er, „hätte vor dem Kriege und ohne den Krieg seine Weltstellung behaupten mögen, wenn es sich nur so weit überwand, uns als gleichberechtigt auf dem Meere und über dem Meere anzuerkennen." Ein solcher Ausgleich kam aber nicht zustande, und zwar nach der Darstellung Rohrbachs infolge der ablehnenden Haltung der englischen Regierung. „Wie nun aber, wenn Deutschland siegt? Der Suezkanal ist ein dünner Schlauch voll Wasser, durch den der Weg nach den rings um den Indischen Ozean gelagerten Hauptländern des englischen Weltreichs führt. Nur Kanada liegt abseits. Wenn als ein Ergebnis des Krieges die politische, wirtschaftliche und militärische Genossenschaft zwischen Mitteleuropa und dem Orient zu einer dauernden Einrichtung wird, so hält diese verbündete Macht mit der einen Hand den Wasserschlauch des Bosporus und mit der anderen den des Suezkanals, und sie braucht nur zuzudrücken, so mag England sehen, wie es auf dem alten Wege der portugiesischen Entdecker ums Kap der Guten Hoffnung nach seinem Indischen Ozean kommt. Die Genossenschaft aber kann unterdessen über den Suezkanal verfügen. „Das wäre," meint Rohrbach, „für England schwer zu ertragen, und die Furcht vor dem Ende sei es, aus der die tollen Reden in England stammen. Diese Furcht freilich ist so groß, daß um ihretwillen auch die englischen Kräfte bis aufs äußerste eingesetzt werden. Wären die Folgen der Niederlage geringer, England würde leichter zum Frieden bereit sein."

Aehnlich, erklärt Rohrbach, verhält es sich mit Rußland. „Seine Getreideausfuhr muß durch den Bosporus. Davon, daß russisches Getreide reichlich und sicher durch die türkischen Meerengen kommt, hängen Rußlands Zahlungsbilanz, Rußlands Finanzwirtschaft, Rußlands Kredit und damit auch Rußlands große Politik in entscheidender Weise ab. Wegen Konstantinopel und Gallipoli hat Rußland den Krieg entzündet. Jetzt sieht es: mit der Hoffnung auf den Sieg schwindet das Ziel, die Meerengenpassage fest in die Hand zu bekommen, in aussichtslose Fernen. Alle Opfer sind dann umsonst gebracht, ja nicht nur das, sondern die mitteleuropäisch-türkische Bundesgenossenschaft legt die Entscheidung darüber, ob die russischen Kornschiffe durch den Bosporus und die Dardanellen fahren dürfen, noch viel entschiedener in nichtrussische Hände, als es vor dem Kriege der Fall war. Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei werden es, sobald sie Sieger geblieben sind, gemeinsam in der Hand haben, dem russischen Willen nach Raub und Eroberung fortan eine Friedenspolitik vorzuschreiben. Will Rußland diese Politik nicht machen, dann droht ihm der Bosporusverschluß. Dagegen bäumen sich die russische Gier und der russische Stolz bis aufs äußerste. Wäre nicht diese, gerade diese Folge der Niederlage so bestimmt zu fürchten, dann würde auch Rußland sich leichter zum Frieden entschließen."

Es ist, meint Rohrbach, in gewissem Sinne ein Verhängnis dieses Krieges, daß die Gegner angesichts der ihnen drohenden ungeheuren Verluste es vorziehen, aus der Tiefe ihrer Völker die letzte Kampfkraft herauszuholen, als den Sieg der Zentralmächte hinzunehmen und anzuerkennen. „Wir kämpfen mit Nationen, deren bisherige Machtstellung in der Welt, deren Hoffnungen und Ziele zusammenbrechen oder schwer eingeschränkt werden müssen, wenn wir sie besiegen. Das müssen wir uns in all der Wucht vergegenwärtigen, mit der es die Feinde empfinden, wenn wir begreifen wollen, weshalb jene trotz aller empfangenen Schläge wie hypnotisiert immer wieder den Spruch hersagen: Deutschland muß nieder!"

Dies das Wesentlichste aus den Ausführungen Rohrbachs, soweit sie sich darauf beziehen, die Beweggründe und die Haltung der Gegner in all ihren Konsequenzen zu verstehen und zu würdigen. Daß diese Darstellung wie die Darstellung der mit ihr eng verknüpften Politik der Zentralmächte von demselben Geist getragen ist, wie alle anderen Schriften Rohrbachs, brauchen wir nicht besonders hervorzuheben. Auch nicht, daß wir zu den Ausgangspunkten und den Schlüssen dieser Auffassung in diametralem Gegensatz stehen. Darauf kommt es hier nicht an. Wesentlich ist zum Eindringen in den Kern der jetzigen Weltsituation die nüchterne Auffassung des einflußreichen imperialistischen Schriftstellers, welche Notwendigkeiten sich für beide kämpfenden Mächtegruppen aus der ganzen Kriegslage ergeben. Wenn wir diese Auffassung auch nicht teilen, so erkennen wir ihre Vorzüge an gegenüber der Phraseologie in jenen Organen der Mehrheitspresse, die aus innerparteilichen Gründen die wirkliche Sachlage zu verschleiern suchen und den Pelz waschen wollen, ohne ihn naß zu machen. (z)

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 13. März 1916. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei günstigen Beobachtungsverhältnissen war die Tätigkeit der beiderseitigen Artillerien auf einem großen Teile der Front sehr lebhaft und hielt sich beiderseits der Maas und bis zur Mosel hin auf größerer Heftigkeit.

Außer Patrouillengefechten an der Somme und dem Scheitern eines kleinen französischen Angriffes im Priesterwalde sind keine Ereignisse zu berichten.

Neben ausgiebiger Aufklärungstätigkeit griffen unsere Flieger feindliche Bahnanlagen und Unterkunftsorte, besonders an der Eisenbahn Clermont—Verdun, erfolgreich an. Es wurden drei feindliche Flugzeuge vernichtet, zwei in der Champagne und eins im Maasgebiet.

Oestlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist im allgemeinen unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 13. März. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart:

Russischer Kriegsschauplatz.

An der beßarabischen Front und am Dnjester wurden russische Vorstöße abgewiesen.

Sonst keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die erhöhte Tätigkeit der italienischen Artillerie dehnte sich auf die ganze Isonzofront aus. Nachmittags wurde ein feindlicher Angriff bei Selz abgeschlagen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
von Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 13. März. (W. T. B.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittag. Nördlich von der Aisne war der Artilleriekampf in der Gegend des Waldes von Buttes, südlich von Ville-au-Bois sehr lebhaft. Auf dem linken Ufer der Maas ziemlich heftige Beschießung in der Gegend von Bethincourt. Auf dem rechten Ufer wurde ein schwacher deutscher Angriff mit Handgranaten beim Walde von Carre (Cote Poivre) leicht abgeschlagen. Das Artilleriefeuer blieb heftig östlich vom Fort Douaumont und in der Gegend des Forts Vaux, wo der Feind seit vorgestern keinen neuen Versuch zur Ersteigung des Plateaus, das das Fort überragt, unternommen hat. In der Woevre eroberten die Deutschen gestern gegen Ende des Tages nach Artillerievorbereitung im Laufe eines Angriffes einen kleinen Graben bei der Straße nach Etain, nördlich von Ely. In Lothringen einige Patrouillenkämpfe westlich von Arracourt. Von der übrigen Front wird nichts von Bedeutung gemeldet.

Paris, 13. März. (W. T. B.) Amtlicher Bericht von Sonntag abend. Südlich von der Somme richteten wir zerstörendes Feuer gegen die feindlichen Schanzwerke gegenüber von Mancourt. Zwischen Oise und Aisne beschossen wir die feindlichen Verteidigungsanlagen in der Gegend von Nouvron. In den Argonnen zerstörte ein konzentriertes Feuer gegen das Gehölz von Cheppy mehrere feindliche Beobachtungsposten. In der Gegend nördlich von Verdun fand im Laufe des Tages keine Infanterietätigkeit statt. An den beiden Maasufern war die gegenseitige Beschießung heftig. Unsere Artillerie feuerte auf feindliche Ansammlungen in der Schlucht an der Nordseite des Pfefferhügels und auf deutsche Batterien in der Gegend westlich von Loudemont. Bei Bon de Sapt zerstörten wir feindliche Schützengräben in der Gegend von Senones. Heute morgen schoß Unterleutnant Guyemer ein deutsches Flugzeug ab, das in der Nähe von Thiescourt brennend in unsere Linien fiel. Dies ist das achte Flugzeug, das dieser Führer abgeschossen hat; sechs davon sind in unsere Linien, zwei in die feindlichen Linien gefallen. Ein anderer unserer Flieger schoß gleichfalls ein feindliches Flugzeug ab, das bei Dombasle in den Argonnen in unsere Linien fiel. Die Insassen der beiden zerstörten Flugzeuge sind tot. Am selben Tag lieferten verschiedene Gruppen unserer Kampfflugzeuge 18 Luftkämpfe in der Gegend von Etain und schlugen den Feind in die Flucht.

Belgischer Bericht. Artilleriekämpfe von großer Heftigkeit an der ganzen Front der belgischen Armee. Kämpfe mit Handgranaten beim Fährmannshaus.

Die englische Meldung.

London, 12. März. (W. T. B.) Britischer Kriegsbericht. Der Feind brachte beim Hohenzollenwerk vier Minen zur Explosion; es folgte ein Kampf mit Handgranaten. Wir hatten nur wenig Verluste; auch Schaden an unserem Gerät war sehr gering. Bei Loos und dem Wald von Grenier wurden unsere Gräben von schwerer Artillerie beschossen. Bei Ypern gegenseitige Beschießung.

Der russische Heeresbericht.

Petersburg, 13. März. (W. T. B.) Amtlicher Bericht vom 12. März. Westfront: Bei Versemünde beschoß der Feind unsere Gräben mit Minen großen Kalibers.

In Galizien griffen unsere Aufklärer am Dnjestr das Dorf Latac (sechs Kilometer südöstlich Strypamündung) an und drangen trotz heftigen feindlichen Feuers in die Gräben des Gegners ein.

Am 9. März wurden unsere beiden Torpedoboote, welche an der Küste bei Warna aufklärten, von feindlichen U-Booten angegriffen. Das Torpedoboot „Leutnant Puschtschin" wurde versenkt; ein Teil der Besatzung ist durch das andere Torpedoboot gerettet.

Persien: Wir besetzten in Richtung Bagdad die Stadt Kerind in Persien (200 Kilometer nordöstlich Bagdad).

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 12. März. (W. T. B.) Amtlicher Kriegsbericht vom Sonntag. In den höchsten Gebieten des Kriegsschauplatzes bleibt die Tätigkeit unserer Truppen behindert durch das anhaltende schlechte Wetter. An gewissen Stellen in der Höhe liegt der Schnee mehr als 10 Meter hoch. Die Tätigkeit unserer Artillerie war an der ganzen Front vom mittleren Isonzo bis zum Meere lebhaft und wirksam. Mehrere Abschnitte der feindlichen Linien wurden beschädigt, und ihre Verteidiger wurden aus ihren Stellungen vertrieben; an mehreren Punkten wurden die gegnerischen Batterien zum Schweigen gebracht. Während der Geschützpausen griff unsere Infanterie auf den hohen Schneefeldern oder schlammigen Abhängen die feindlichen Stellungen an und bewarf sie mit Handgranaten.

Feindliche Abteilungen, die zu Hilfe eilten, wurden unter das wohlgezielte Feuer unserer Artillerie und Maschinengewehre genommen.

Cadorna.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 12. März. (W. T. B.) Amtlicher Kriegsbericht. Von der Irakfront ist keine Nachricht von Bedeutung eingegangen.

An der Kaukasusfront an einigen Abschnitten Scharmützel zwischen Aufklärungsabteilungen.

Bei den Dardanellen feuerte ein Monitor des Feindes einige Granaten gegen Tekke Burun, dann zog er sich zurück. Zwei Flugzeuge des Feindes warfen Bomben auf Transporte, die sich in der Akaba-Bai befanden, alle Bomben fielen ins Wasser.

Konstantinopel, 13. März. (W. T. B.) Das Hauptquartier teilt mit:

Von der Irak- und Kaukasusfront liegt keine wichtige Meldung vor.

Im Abschnitte von Felahie wurde ein englisches Flugzeug durch unser Feuer heruntergeschossen. Die Insassen wurden durch die Explosion der an Bord befindlichen Bomben getötet.

Zwei Torpedobootszerstörer und ein Monitor warfen einige Granaten auf die Umgebung von Jeni Kale, an der Küste bei Smyrna und Tscheschme gelegen, und zogen sich sodann zurück.

Meuterei eines ägyptischen Truppenteils.

Bern, 12. März. (W. T. B.) Der „Temps" berichtet über folgenden Zwischenfall in Kairo: Etwa 800 ägyptische Reservisten der Kamelreitertruppe demonstrierten drei Stunden lang vor dem Sultanpalais, angeblich wegen Soldforderung, ohne daß die Polizei eingriff. Als am andern Morgen von neuem ein Zug von Demonstranten kam, dessen Beschwerden der Premierminister anhörte, ereignete sich ein ernster Zwischenfall dadurch, daß 20 englische Kavalleristen, angeblich ohne Befehl, auf die Demonstranten schossen und 8 Personen verwundeten.

Englischer Hilfskreuzer gesunken.

London, 12. März. (W. T. B.) Die Admiralität gibt bekannt: Der Hilfskreuzer „Fauvette" ist an der Ostküste auf eine Mine gelaufen. Zwei Offiziere und zwölf Mann sind umgekommen.

Erkundigungen Lansings über die Versenkung des „Sirius".

Washington, 12. März. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Staatssekretär Lansing hat, um zweifellos festzustellen, ob die norwegische Bark „Sirius" am 9. d. M. durch ein Torpedoboot versenkt worden oder auf eine Mine gelaufen ist, den amerikanischen Konsul in Le Havre telegraphisch angewiesen, sich eidliche Aussagen von den überlebenden Amerikanern zu verschaffen.

Die Amerikaner und die bewaffneten Handelsschiffe.

New York, 12. März. (W. T. B.) Vom Vertreter des W. T. B. In der letzten Senatssitzung hat Senator MacCumber seine Entschließung, wonach Amerikaner vor der Benutzung bewaffneter Handelsschiffe gewarnt werden sollen, mit der Begründung zurückgezogen, daß die Amerikaner genügend gewarnt seien, und daß das Vorhandensein seiner Entschließung den diplomatischen Verhandlungen hinderlich sein könne. Wenn es die Umstände erforderten, würde er die Entschließung wieder einbringen, doch hoffe er, daß die Meinungsverschiedenheiten in freundschaftlicher Weise beigelegt werden würden.

Neue Einberufungen in Bulgarien.

Sofia, 12. März. (W. T. B.) Meldung der Bulgarischen Telegraphen-Agentur. Ein Erlaß verfügt die Einberufung des Jahrganges 1916 für den 18. März. Entgegen den Einberufungen in den meisten kriegführenden Staaten erfolgt die Einberufung des Jahrganges 1916 in Bulgarien zum normalen Zeitpunkt.

Die Haltung Rumäniens.

Von F. Rakovski.

Der bekannte Führer der rumänischen Sozialdemokratie schreibt in der „Sentinelle", dem sozialistischen Organ der Jura-Föderation:

Die Schweizer Presse diskutiert die Haltung Rumäniens.

Wird es neutral bleiben oder wird es in den Krieg eintreten? Und wenn es hineingeht, auf welcher Seite werden sich unsere Armeen einordnen?

Mit den Vorbehalten, die das Unbekannte auferlegt, kann ich, der ich die Situation des Landes kenne, sagen, daß wir neutral bleiben werden bis zum Ende.

Sicher, es fehlt unseren Regierenden nicht der Wunsch, eine Politik der territorialen Expansion zu führen. Diesen Wunsch haben sie in demselben Grade wie die anderen Balkanregierungen. Sie haben ihn bewiesen während des zweiten Balkankrieges von 1913. Sie beweisen ihn noch durch die unaufhörlichen, seit dem Beginn des Krieges getroffenen militärischen Vorbereitungen. Diejenigen, die die Nachrichten verfolgen, die von unserem Lande kommen, wissen, daß letzthin noch die rumänischen Kammern der Regierung neue Kredite von 200 Millionen Frank bewilligt haben, die, wenn sie den seit Beginn des Krieges bereits bewilligten Krediten hinzugefügt werden, die Summe der außerordentlichen Ausgaben auf 600 Millionen Frank — das ordentliche Budget ist nicht in diese Summe einbegriffen —, die der Vorbereitung des Krieges gewidmet sind, erhöhen.

Wenn Rumänien bis jetzt nicht in den Krieg eingetreten ist, so nicht deshalb, weil unsere Regierung es nicht gewollt hat, sondern aus Motiven, die unabhängig von ihrem Willen sind.

Die Gründe ihrer Enthaltung sind von zweierlei Art: politische und militärische.

Seit dem Kriege von 1913 hat sich unsere auswärtige Politik entschieden nach der Entente hin orientiert.... Der Vertrag von Bukarest ist das Resultat eines engen Zusammenarbeitens zwischen der zweiten Balkankoalition — Rumänien, Serbien, Griechenland, Montenegro auf der einen Seite und Rußlands und Frankreichs auf der anderen.

Schon zu diesem Zeitpunkte sagte der Führer der gegenwärtigen nationalistischen Bewegung Rumäniens, M. Filipescu, in einem Interview:

„Rußland kann frei über seine beiden Armeekorps an der Grenze von Bessarabien verfügen."

Das bedeutete, daß der Allianzvertrag Rumäniens mit den Zentralmächten moralisch aufgekündigt war.

Tatsächlich wurde schon vom Vorabend des Krieges an die rumänische Politik nach der Entente hin orientiert. Sie würde sich selbst trotz der heftigen Opposition des Königs Karol, der persönlich der Politik der Zentralmächte zugeneigt blieb, schon vom Beginn des Krieges an nach der Seite Rußlands engagiert haben, wenn in jenem Augenblick der Glaube an einen entschiedenen deutschen Sieg nicht allgemein gewesen wäre.

Nach der Schlacht an der Marne und dem Fall von Lemberg, als die russischen Armeen in die Karpathen gekommen waren, war die interventionistische Agitation in Rumänien auf ihrem Höhepunkt angelangt. Regierung und russophile Opposition wollten gleicherweise den Krieg. Und während die Opposition durch eine systematische und geräuschvolle Propaganda, gegen die sich nur die Sozialisten erhoben, die öffentliche Meinung bearbeiteten, begann die Regierung mit der Unterstützung der gelben Presse Unterhandlungen und suchte sich das Sanitätsmaterial und die Munition zu verschaffen, die uns fehlten.

Dennoch ist Rumänien nicht in Aktion getreten.

Vor allen Dingen hat es sich nicht die Munition verschaffen können.

Die Entente hatte selbst nicht genug und konnte Rumänien nichts abgeben.

Die Zentralmächte, die schon unserer Haltung mißtrauten, gaben solche noch viel weniger her.

Ein zweiter Grund für die Zurückziehung unserer Intervention war die Weigerung Rußlands an diesem Zeitpunkt, die territorialen Wünsche Rumäniens zu befriedigen. . . .

Aber ich denke, daß die wirklichen Motive, die die auf einen formellen Interventionsvertrag hinauslaufenden Verhandlungen verhindert haben, die waren, daß an diesem Zeitpunkt Rußland dem militärischen Wettbewerb Rumäniens, von dem es hoffte, daß es Bulgarien noch an seine Seite ziehen werde, nur eine sekundäre Wichtigkeit beimaß, und daß der Zielpunkt der Politik der Entente vor allem war, den Beitritt Italiens zu gewinnen.

Die Intervention dieses letzteren wurde als entscheidend angesehen. Sie mußte in gewisser Beziehung die automatische Intervention Rumäniens herbeiführen. Es scheint, daß die italienische Diplomatie viel dazu beigetragen hat, diese Illusion bei den Ententemächten zu unterstützen.

Bewilligt meine Forderungen, könnte Italien zu seinen Verbündeten von heute gesagt haben, und ich verspreche euch als erstes auch die Intervention Rumäniens. Es wird allein kommen.

Auf jeden Fall ist eine Sache sicher. Das ist, daß die Bedingungen des Eintritts von Italien in den Krieg für uns eine große Enttäuschung gewesen sind. Die offiziöse Presse verhielt sich ironisch, aber die Männer der Regierung waren wütend. Man schrie Verrat. Italien hat mit dem Kredit, den ihm die Intimität Rumäniens gab, nur gesucht, selbst zu profitieren, ohne auf den Forderungen Rumäniens zu bestehen.

Das ist es, weshalb Rumänien nicht zu gleicher Zeit wie Italien in den Krieg eingetreten ist.

Nach der Durchbrechung der russischen Front am Dunajec und bei Gorlice beeilte sich Rußland, alles zuzugestehen, was unsere Regierung von ihm verlangte, aber an diesem Zeitpunkt konnten selbst die ausgesprochensten russophilen Rumänen den Eintritt in die Aktion nicht billigen.

Die Gefahr war zu augenscheinlich und zu groß.

Seit dieser Zeit ist die Aktion der rumänischen Interventionisten mehr ein Bluff als eine wirklich fortgesetzte Aktion, ein ernster Zweck.

Aber man fragt sich: Ist es ausgeschlossen, daß Rumänien an der Seite Deutschlands gegen Rußland in den Krieg geht?

Die Sache an sich selbst ist nicht vollkommen ausgeschlossen.

Die Tatsache, daß die Aktion an der Seite der Ungarn und der Deutschen in Rumänien nicht populär ist, bedeutet nicht viel. Man kann sagen, daß der Krieg im allgemeinen im Lande vollständig unpopulär ist, und nicht nur unter den Arbeitern, sondern auch unter den Bürgerlichen und daß er nicht gefordert wird von der Bureaukratie, den Offizieren und den Intellektuellen. Das hat jedoch die rumänischen Russophilen nicht gehindert, das rumänische Volk als durchaus kriegerisch und interventionistisch hinzustellen. Der König und die Regierung würden, wenn nicht andere Gründe sie verhindert hätten, keine großen Schwierigkeiten gehabt haben, dem Lande einen Krieg an der Seite Deutschlands aufzuzwingen. . . .

Der Krieg gegen Rußland ist durch andere Motive verhindert worden.

Vor allen Dingen ist die Furcht vor einer russischen Revanche vorhanden. Wir haben schon Bessarabien nach dem Krimkrieg besessen, und Rußland hat es uns 25 Jahre später wieder abgenommen.

Ich halte die Möglichkeit einer Aktion an der Seite Rußlands im Frühjahr nicht für wahrscheinlicher. Das könnte nur durch einen vollkommenen Wechsel der strategischen Situation in Mazedonien eintreten — ein Wechsel, der mehr als hypothetisch ist. Meiner Meinung nach wird Rumänien, wenn wir die Entwickelung der Faktoren betrachten, die für die Aktion unserer Regierung entscheidend sind, neutral bleiben. Aber es würde zu vermessen sein, davon als von etwas Sicherem zu sprechen. Die für individuelle Aktionen nötige Logik scheint den Entscheidungen der Regierungen zu fehlen. Aber, was ich versichern kann, ist, daß das sozialistische Proletariat seine Pflicht tun wird, und zwar bis zum Ende.

Neuer Arbeiterkonflikt in England.

London, 9. März. (W. T. B.) Die Bergarbeiter in Nordwales und Mittelengland forderten eine Lohnerhöhung von 5 Proz. Das Einigungsamt hat die Entscheidung vertagt. — Die Regierung hat es abgelehnt, den gelernten Arbeitern im Clydegebiet den Lohn zu erhöhen. Der ausführende Ausschuß der Arbeiter beschloß, die Frage einer sofortigen Beratung zu unterziehen, da er die Ablehnung angesichts der Preissteigerung der Lebensmittel, die vierzig Prozent beträgt, für ungerechtfertigt hält.

Die italienische Kabinettskrise.

Rom, 12. März. (T. U.) Das „Giornale d'Italia" teilt offiziös mit, daß Bissolati als Beauftragter und Führer der Interventionistenpartei mit Salandra über die Notwendigkeit verhandelte, das Ministerium zu reformieren und zu erweitern. Einige Minister, welche sich unfähig erwiesen haben, sollen durch solche ersetzt werden, die durch ihre Tradition, Ueberzeugung und Idealität eine Gewähr geben, den Krieg resolut mit allen Mitteln zu führen. Bissolati habe in der Unterredung hinzugefügt, eine schädigende Parlamentskrise müsse wegen des üblen Eindrucks im In- und Auslande vermieden werden. Vorzuziehen sei daher die Umbildung des Kabinetts vor der kommenden politischen Diskussion. Salandra erwiderte, er sei fest vom Gegenteil überzeugt; er werde das Ministerium nicht umbilden, sondern erst die Abstimmung in der Kammer abwarten und danach seine Entschließungen fassen. — Die Interventionisten sind anscheinend bestürzt über Salandras Festigkeit, keine Interventionisten in das Kabinett aufzunehmen. Schon gestern erklärte der „Messaggero" in gewundener Form, die Interventionisten beständen ja gar nicht auf die formelle Kriegserklärung gegen Deutschland. Aehnlich ließ sich auch die „Idea Nazionale" vernehmen, die ausführte, daß diejenigen irre reden, die davon sprechen, daß aus den Beschlüssen des Interventionistenkomitees eine Kriegserklärung gegen Deutschland resultieren solle. Endlich erklärte der Gründer der Nationalistenpartei, Federzoni, in einer Unterredung mit dem Mitarbeiter des „Corriere d'Italia":

Ein Riesengrundbesitz.

Dondangen, Februar 1916.

Seit über einem halben Jahrhundert ist in Kurland der Landbesitz kein Privilegium einer bestimmten Volksschicht mehr. Der Bürger kann Rittergutsbesitzer werden, wenn er das notwendige Kapital besitzt. Der ehemals leibeigene, dann Jahrzehnte lang durch Frongzwang gebundene Bauer hat seit 1858 das Recht, Land zu kaufen und Besitzer zu werden. Vornehmlich war es der fleißige und geschickte Lette, der als Pächter begann, bald ein Stückchen Acker erwarb, es allmählich durch Zukauf vergrößerte und in Erbfolge von Vater auf Sohn übergehen lassend zu einem stattlichen Bauerngut heranwachsen ließ. In der Arbeit von Generationen entstanden auf diese Weise Bauerndesitzungen, die an Größe manches preußische Rittergut überragen. Selbstgeschaffene Kreditinstitute und Einkaufsgenossenschaften waren manchem vorwärtsstrebenden Bauern ein guter Rückhalt. Trotzdem ist der Großgrundbesitz, der sich auf verhältnismäßig wenige Familien verteilt, noch vorherrschend. Von der gesamten Bodenfläche Kurlands entfallen 42 Proz. auf den privaten Großgrundbesitz; Staat und Kirche haben sich ein Fünftel des Bodens angeeignet, während sämtliche Bauern nur 38 Proz. der Ackerfläche wenigstens der Form nach besitzen. Sehr viel von dem erworbenen Land ist nämlich noch nicht bezahlt. Dem Großgrundbesitzer, der ihnen Land überließ, sind die Bauern vielfach noch zinspflichtig. Andererseits sind jedoch auch einzelne Großgrundbesitzer mehr oder minder stark verschuldet. Im allgemeinen darf man aber wohl annehmen, daß der Großgrundbesitz nicht übermäßig hypothekarisch belastet ist. Sehr viele Güter befinden sich im Besitz weniger reicher Familien. Eine Reihe von Mißernten soll die Vereinigung mehrerer Güter in einer Hand begünstigt haben. Kapitalschwache Besitzer mußten größere Darlehen zu hohem Zinsfuß aufnehmen. Weitere ungünstige Verhältnisse ließen die Schuldenlasten anschwellen. Die Schuldner konnten die Zinsen nicht zahlen; die rücksichtslosen Gläubiger trieben zu Subhastationen, bei welchen einige Familien Dutzende von Gütern erwarben. Es hat auch nicht jedes Majorat einen eigenen Besitzer. Nach Angabe eines Kreishauptmanns waren 88 Majorate in den Händen von nur 70 Besitzern. Einige Majorate konnten durch Angliederung von Beigütern zu Grundbesitzen im Umfange eines kleinen deutschen Fürstentums sich ausdehnen. Solche Riesengüter sind zum Beispiel der Fideikommißbesitz Edwahlen bei Goldingen mit zwei Beigütern und elf sogenannten Hoflagen sowie das Majorat Dondangen mit 15 Beigütern. Weit über die Hälfte der etwas über 700 kurländischen Güter sind Beigüter, Pastorate und Forsteien.

Den größten geschlossenen Besitz umfassen die Wälder und Felder des Majoratsherrn v. Dondangen, des Barons v. d. Osten-Sacken. Zu seiner Herrschaft gehören 75 000 Hektar Hofland und noch rund 19 000 Hektar Bauernland. An gewerblichen Anlagen sind auf Dondangen vorhanden: eine Brennerei, eine Brauerei, ferner eine Ziegelei in Clarafelde, in Pahzen je eine Wind- und Wassermühle, sowie eine Wolltockerei, eine Meierei in Kalken, eine Gärtnerei in Lapping, sowie eine Anzahl von Handlungen und Krügen. Der umfangreiche Waldbesitz der die Nordspitze Kurlands bildenden Osten-Sackenschen Liegenschaften enthält wertvolle alte Holzbestände und einen verhältnismäßig großen Wildreichtum. In diesem ritterschaftlichen Reich zählt man weiter vier lutherische und eine russische Kirche, eine zweiklassige Ministeriumschule sowie sieben Volksschulen mit zusammen 17 Lehrkräften.

Etwa 40 Kilometer nördlich von Talsen liegt das Schloß Dondangen, umgeben von mehreren Wirtschaftsgebäuden. Schon von weitem erblickt der Wanderer das unmittelbar neben dem Schloß erbaute Kirchlein. Von dem alten, in der Ritterzeit erbauten Schloß sind allerdings nur noch einige Reste, nämlich ein Teil der ehemaligen Schloßkapelle, zu sehen. Sie bilden eine aus der Vergangenheit übriggebliebene Dekoration zu einem im übrigen neuen, noch der Vollendung entgegensehendem Bauwerk. Im Jahre 1872 vernichtete ein Brand die Inneneinrichtung des Schlosses. Kaum 10 Jahre später wütete darin wiederum ein Schadenfeuer; zum dritten Male im Jahre 1905 schlugen verzehrende Flammen daraus empor. Diesmal hatte die Brandfackel des lettischen Sturmes gegen die Herrschaft der Deutschen in Kurland ein verzehrendes Feuer angezündet. Auch ein Teil des Mauerwerkes wurde zerstört. Nun ließ der Besitzer das Schloß auf einem erweiterten Grundriß neu aufbauen. Bisher ist nur der linke Flügel des Neubaues bewohnbar eingerichtet. Der Krieg unterbrach die Bauarbeiten. Als russischer Beamter mußte der Besitzer vor dem Einzug der Deutschen sein Schloß verlassen und sich nach Riga begeben. In der großen Flucht von Zimmern und Sälen ist nur noch ein Schreiner beschäftigt; weitere Arbeitskräfte fehlen darin. Wir trafen den Mann beim Zurichten von Klötzchen aus eisenhartem schwarzem Eichenholz, die mit weißen Eichenholzklötzchen zusammengesetzt als Material für Parkettböden dienen sollen. Auch die Wandtäfelung wird in Eichenholz ausgeführt. Im übrigen bevorzugt man der größeren Feuersicherheit wegen Beton, vornehmlich auch als Deckenträge.x

Auf dem Gutshof standen Dutzende von lettischen Bauern mit ihren kleinen Schlitten. Sie leisten Fuhrdienste oder verkaufen an die Militärverwaltung mitgebrachtes Getreide. Es waren meistens kräftige, gut ausschauende Gestalten mit ausdrucksvollen Gesichtszügen, die Selbstbewußtsein und Eigenwillen widerspiegeln. Niemals haben die Leute beim Schlittenfahren beide Beine im Schlitten, eines hängt stets nach draußen, immer bereit, den kleinen Schlitten auf der nicht ebenen Bahn zu steuern und sein Umkippen zu verhindern. Es ist um die Mittagszeit. Vor einem Gebäude haben sich etwa 50 Kinder, Frauen und alte Männer versammelt. Jeder von den Wartenden hatte ein Gefäß in der Hand. Noch sind die Töpfe leer. Nun setzt sich der Trupp zu einer wenige Schritte entfernten Feldküche in Bewegung. Der Koch hat den Deckel hochgestellt, Dampf steigt auf. Mit einem mächtigen Löffel stößt der Mann in den Kessel, füllt dann die hingehaltenen Töpfe, und die Besitzer eilen mit dem Mittagessen davon. Der Vorgang wiederholt sich jeden Tag.

Bei der Weiterfahrt, die uns nach der „Davidshöhle" unweit Schlitterhof und der Höhle der „Heiligen Jungfrau" bringen sollte, genossen wir eine Kostprobe von Tücken des Weges. Der Schnee hatte die Gräben der schmalen Straße verdeckt; an einer Gabelung schleudert der Wagen etwas und rutscht die glücklicherweise nicht hohe Böschung hinab. Ohne Hilfe konnten wir nicht heraus. Aus einem nahegelegenen Gehöft eilen Männer und Frauen herbei, Letten und Lettinnen. Alle greifen zu, die Männer ernst und schweigsam, die Frauen lustig plaudernd und scherzend. Sie sprechen alle fließend deutsch. Eine alte, aber bewegliche Frau hat noch nie ein Auto gesehen. Nun will sie das merkwürdige Fahrzeug genau kennen lernen. Unter unseren Decken im Wagen sucht sie die geheimnisvolle Triebkraft. Sie schüttelt den Kopf, sie entdeckt nichts. Als aber der Führer den Motor ankurbelt, lächelt sie verschmitzt und erklärt dann den anderen Wißbegierigen, zu denen sich auch einige Kinder gesellt haben, daß die Maschine da vorn im Kasten verborgen sein müsse. Und sie nickt befriedigt, als ich versuche, ihr mit einigen Worten die Technik des Triebwerks zu erklären. Die Menschen sind ganz zutraulich, nur der Photograph, der die Gruppe auf die Platte bringen wollte, hatte erst etwas naive Ziererei, halb schamhafte, halb ängstliche Weigerung zu überwinden, ehe die Kinder und Frauen sich ruhig in die Lichtbahn seines Geschützes stellten.

Schnell steht der Wagen wieder auf dem Damm. Freundliche Winke und Zurufe der Helfer begleiten unsere Abfahrt, und als wir am nächsten Tage auf der Rückreise an der gleichen Stelle vorbeikommen, öffnen sich wieder Fenster und Türen und nochmals nehmen wir Winkgrüße mit auf den Weg.

(z) Düwell, Kriegsberichterstatter.

„Die Bezeichnung „Interventionisten" hat heute keinen Sinn mehr, besser wäre es, man sage „Exinterventionisten", denn unser Verlangen vom Mai, der Krieg gegen Oesterreich, ist heute bereits Tatsache. Man behauptet, wir seien jetzt vereinigt, um das gegenwärtige Ministerium zur Kriegserklärung gegen Deutschland zu zwingen. Ich kann versichern, daß in der Versammlung der vereinigten Komitees der Interventionisten kein Wort davon gesprochen wurde. Man will nur die Kriegführung intensiv mit allen Mitteln führen, und alle Hilfskräfte des Landes zur Erreichung des Endsieges mobilisieren."

Sturmszenen in der Duma.

Die sozialdemokratische Dumafraktion hatte im Verein mit der „Arbeitsgruppe" am 25. Februar eine Interpellation in der Duma eingebracht, die anläßlich des Verbotes der Veröffentlichung der Rede Tscheidses (dieses Verbot ist inzwischen aufgehoben worden) die Frage der Militärzensur aufrollte. Genosse Skobelew von der sozialdemokratischen Fraktion und Dsiubinsky von der „Arbeitsgruppe" begründeten den Dringlichkeitsantrag. Genosse Skobelew rief am Schluß seiner Rede aus: „Möge das Land und die Arbeiterklasse wissen, daß wir auch in der belagerten Festung unseren Kampf zu Ende führen werden." Nachdem noch Graf Bobrinsky für die Annahme gesprochen hatte, wurde der Dringlichkeitsantrag mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Bei der darauf folgenden Debatte wurde die Interpellation selbst mit erdrückender Mehrheit angenommen.

Ueber die Erörterung dieser Interpellation in einer späteren Sitzung unterrichtet folgende telegraphische Meldung der „National-Zeitung":

Die Sozialisten beantragten die Verlesung einer Anzahl der schwersten Fälle von Mißgriffen der Zensur und die Handhabung des offiziösen Nachrichtendienstes. Der Dumapräsident gestattete jedoch die Verlesung dieser Anklagefälle nicht, da sie mit sehr scharfen Angriffen gegen die Regierung verbunden waren. Die willkürliche Handhabung der Geschäftsordnung durch den Dumapräsidenten Rodzianko rief im ganzen Hause, besonders aber bei den Radikalen und Progressisten, den schärfsten Protest hervor. Es kam zu Sturmszenen, so daß die Sitzung für zwei Stunden unterbrochen werden mußte. Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärte der Abgeordnete Dziubinsky, daß die Handhabung der Kriegszensur skandalös sei und jeder Beschreibung und den elementarsten Bedingungen des Rechtes spotte. Dem Kriegszensor ist durch die Machenschaften der Regierung, die trotz ihrer augenblicklichen Gefügigkeit im Ernste gesonnen sei, die alte Unter- und Bedrückungspolitik fortzusetzen, eine Macht in die Hände gegeben, die weder Grenzen des Rechts noch der Moral anerkenne. So unterdrücke dieser Zensor ganze Reden und Parteigruppenerklärungen der Duma, soweit sie Anklagen gegen die Regierung enthalten. Anfänglich bemühte sich die offiziöse Telegraphenagentur, auch die Anklagen gegen die Korruption in der Regierung teilweise der Oeffentlichkeit wiederzugeben, nur um die Oeffentlichkeit in Vertrauen zur amtlichen Berichterstattung zu wiegen. Das hat sich bereits in den letzten Tagen geändert. Im Volke ist die Verbitterung und Enttäuschung wieder im Wachsen begriffen, denn es könne nicht begreifen, wie es möglich ist, daß die Dumareden nicht veröffentlicht werden dürfen und daß ein Zensor nach Gutdünken die Reden der Volksvertreter totschweigen lassen kann. Auch in der Armee macht sich dieser skandalösen Zustände wegen bereits große Unzufriedenheit bemerkbar. Der sozialistische Abgeordnete Tschenkeli fragte, warum der Sicherheitsdienst so augenfällig stark vermehrt worden sei. Er könne es nicht glauben, daß plötzlich die korrupte Beamtenschaft oder diejenigen Kreise, die sich heute aus dem Blute des russischen Volkes in unerhörtem Maße bereichern, plötzlich mit Waffengewalt an der Ausübung ihrer verbrecherischen Tätigkeit gehindert werden sollen.

Schließung des türkischen Parlaments.

Konstantinopel, 13. März. (W. T. B.) Nachdem gestern der Senat den allgemeinen Zolltarif ohne Debatte angenommen hat, wird heute das Parlament, dessen Mandat erlischt, durch Erlaß des Sultans geschlossen werden.

Der amerikanisch-mexikanische Konflikt.

Amsterdam, 13. März. (W. T. B.) Einem hiesigen Blatt zufolge meldet der Washingtoner „Times"-Korrespondent, daß die 5000 Mann, die zur Verfolgung Villas die mexikanische Grenze überschritten, wenn nötig Verstärkung erhalten würden. Man glaube, daß die Truppen nicht zurückgerufen werden sollen, bis das ganze Land zur Ruhe gebracht ist.

Washington, 12. März. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Mehrere Zeitungen berichten, daß die Strafexpedition nach Mexiko heute früh begonnen habe. Das Kriegsamt hat keine Mitteilung ausgegeben. Drei Regimenter Kavallerie sind sofort an die Grenze befohlen worden. Der Kriegssekretär bezeichnet die Expedition nach Mexiko hinein als Verteidigungsmaßregel.

New York, 13. März. (T. U.) Carranza gestand den Truppen der Vereinigten Staaten das Recht zu, in Mexiko einzumarschieren, doch unter der Bedingung, daß auch mexikanische Truppen das Gebiet der Union betreten dürfen, um amerikanischen Pöbel zu verfolgen, falls er sich auf mexikanisches Gebiet begebe. — Die Regierung der Union führte die Zensur über die militärischen Operationen an der Grenze ein. — Die Zeitungen haben einige Zweifel darüber, ob der Feldzug gegen Villa leicht beendet werden könne. Mehrere halten die gegenwärtigen Maßnahmen für den Anfang der völligen Pazifikation Mexikos. Wilson erklärte jedoch, es solle nichts unternommen werden, was über eine Strafexpedition hinausgehe.

Kampf der sozialistischen Frauen in Australien.

Ungeachtet des auch in Australien proklamierten Ausnahmezustandes, der der Regierung außerordentliche Macht verleiht und die bürgerlichen Freiheiten einengt, führen die sozialistischen Organisationen Australiens einen energischen Kampf gegen den Krieg und die zunehmenden reaktionären Tendenzen im politischen und wirtschaftlichen Leben. Eine besondere Rolle spielen hierbei die sozialistischen Frauen. Sie haben eine besondere Organisation gebildet, die Hand in Hand mit der Partei eine rege Tätigkeit entfaltet. Welchen Charakter die Tätigkeit dieser Organisation trägt, zeigen folgende Auszüge aus einer von ihr angenommenen Resolution:

„Wir Frauen und Bürgerinnen Australiens sind überzeugt, daß der Krieg allen Grundsätzen der Menschlichkeit und des Christentums widerspricht. Wir fordern die Männer, die von der Regierung in die Armee gerufen werden, auf, diese Regierung zu fragen: Wie sollen die Frauen und Kinder vor dem inneren Feind geschützt werden? Dieser Feind lebt in unserer Mitte. Aus „rein patriotischen Erwägungen" erhöht er die Preise der notwendigsten Bedarfsartikel und weigert sich, die Arbeitslöhne zu erhöhen, was zur Folge hat, daß viele Familien hungern müssen und Frauen wie Kinder gezwungen sind, ihre Arbeitskraft für einen Bettellohn zu verkaufen. Dieses Elend der hungernden Bürger wird den sogenannten Patrioten einen ungeheuren Mehrprofit in den Schoß werfen."

Wie sehr die australischen Sozialisten, Männer wie Frauen, die Gefahren fürchten, die die demokratischen Einrichtungen Australiens durch die Militarisierung des englischen Weltreiches — dieser charakteristischen Folge des gegen den „preußischen Militarismus" geführten Krieges — bedrohen, geht aus folgender Rede der Genossin Bella Lavender hervor: „Schon der Aufstand — führte sie in einer Versammlung aus —, daß unsere Redefreiheit beschränkt wird, zeigt, daß das Ideal der englischen Freiheiten von der Welle der Tyrannei überflutet wird. Trotzdem müssen wir unsern Kampf weiterführen, ohne der Drohungen und Gewalttaten zu achten. Unsere Feinde müssen wir nicht im Auslande, sondern im eigenen Lande suchen — es sind jene Leute, die uns unsere Pflichten vorschreiben wollen und uns wie eine willenlose Herde und wie Verbrecher behandeln. Wir müssen mit allen Kräften dagegen ankämpfen, daß unsere demokratischen Einrichtungen dem Militarismus zum Opfer fallen."

Mag es auch angebracht sein, die praktischen Folgen, die der Feldzug unserer australischen Genossinnen augenblicklich haben kann, nicht zu überschätzen, so wird man doch ihren Kampfesmut und ihren gesunden proletarischen Sinn als Symptom der ungeschwächten Werbekraft des sozialistischen Gedankens selbst an den Küsten des Pazifik mit Freuden begrüßen.

Sonderbare Opferwilligkeit.

Man schreibt uns:

Die Kriegsgewinnsteuer ist so beschaffen, daß sie von allen Organisationen der Kriegslieferanten mit lautem Jubel begrüßt worden ist. Der Hansabund und die Handelskammern des rheinisch-westfälischen Industriereviers haben sie als notwendiges Uebel angenommen. Die Börse, die ob der unerhört guten Abschlüsse in eitel Wonne und Glückseligkeit schwimmt, hat die Vorlage des Gesetzentwurfs mit einer kräftigen Hausse beantwortet. Jetzt hat sich auch der Ausschuß des Deutschen Handelstages unter überlauter Betonung der Opferwilligkeit von Industrie und Handel mit den Grundgedanken der Vorlage einverstanden erklärt. Mit dieser Steuerfreudigkeit läßt sich leicht prunken, weil Industrie und Handel, werden die Vorlagen des Reichsschatzsekretärs Gesetz, an der einmaligen Abgabe der Kriegsgewinnsteuer nur eine Lappalie zu zahlen haben.

Der Ausschuß des Deutschen Handelstages verlangt noch eine andere Bemessungsgrundlage:

„Es geht nicht an, daß das Kalenderjahr 1914 als erstes Kriegsjahr angesehen wird, obwohl es zum größeren Teil, mit sieben Monaten, in die Friedenszeit fällt, und es geht ebensowenig an, die Abrechnung über den Kriegsgewinn mit dem 31. Dezember 1916 zu schließen, auch wenn der Krieg noch länger dauert und während der längeren Dauer Verluste den früheren Gewinn aufzehren können. Zu unhaltbaren Folgen führen auch die Bestimmungen über die Jahresveranlagungen zur Einkommensteuer für die Berechnung des Kriegseinkommens. Nach dem Gesetz über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne kann als erstes Kriegsgeschäftsjahr das Geschäftsjahr vom 1. September 1913 bis zum 31. August 1914, also ein Jahr mit elf Friedensmonaten, gelten; auch hierbei kann es nicht bleiben."

Im Grunde sind auch wir für eine andere zeitliche Bemessungsgrundlage. Aber wir fassen nicht den Krieg als zeitliche Einheit, sondern verlangen die Besteuerung des jährlichen Einkommenzuwachses, die nicht nur den sonst steuerfreien persönlichen Verbrauch des Mehreinkommens mit erfaßt, sondern, was wichtiger ist, die Kontrolle über den Steuerpflichtigen und die Verhinderung von Hinterziehungen erleichtert. Ein weiterer gewichtiger Grund spricht für die Besteuerung des Mehreinkommens. Das Mehreinkommen wird mit Vermögensverlusten kompensiert, so daß der Fiskus auf der Suche nach dem Vermögenszuwachs leer ausgeht. Das ist ganz unstatthaft. Wie im Frieden z. B. das gesteigerte Einkommen unter einen höheren Steuersatz fällt, ohne Rücksicht auf einen Kursverlust des Steuerpflichtigen an den das Vermögen repräsentierenden Wertpapieren, so muß auch im Kriege das Mehreinkommen zum Steuergegenstand gemacht werden. Nur in besonderen Fällen — wenn durch den Krieg oder seine Folgen z. B. die Seesperre notwendig, nicht spekulative Verluste eintreten — wird der Bundesrat oder eine besondere Kommission, ähnlich wie es schon jetzt § 41 des Entwurfes vorsieht, Steuernachlaß oder Steuerrückzahlung gewähren können.

In der Begründung des Gesetzentwurfes polemisiert der Reichsschatzsekretär gegen die Besteuerung des Mehreinkommens an Stelle des Vermögenszuwachses mit dem stark abgenützten Argument, daß die Veranlagung der Einkommensteuer in den Bundesstaaten verschieden sei. Dabei wird aber übersehen, daß diese Verschiedenheiten kein Hindernis waren, im Wehrbeitragsgesetz eine Reichseinkommensteuer in Anlehnung an die bundesstaatliche Veranlagung zu schaffen. Im vorliegenden Entwurf wird das Mehreinkommen nur berücksichtigt, um die Grundstaffel für den einfachen Vermögenszuwachs absichtlich zu drücken. Der § 10 bestimmt, daß der Steuerpflichtige von seinem Vermögenszuwachs in der Höhe des Mehreinkommens den doppelten Steuersatz zu entrichten habe. Darum genügt es nicht, eine einfache schematische Erhöhung der Staffelsätze für den Fall zu beantragen, daß der vorliegende Entwurf mit der Besteuerung des Vermögenszuwachses Grundlage der Beratungen bleibt. Es muß der Grundtarif für den Vermögenszuwachs sehr stark gehoben werden, auch unter Verzicht auf den doppelten Steuersatz für den Vermögenszuwachs in der Höhe des Mehreinkommens. Die scheinbare Belastung des Mehreinkommens im Entwurf täuscht nur über die fundamentale Tatsache, daß der Vermögenszuwachs geschont werden soll.

Hat ein Steuerpflichtiger bei einem Mehreinkommen von 350 000 M. einen Vermögenszuwachs von einer Million erzielt, so verfällt er mit 650 000 M. dem einfachen Steuersatz, der mit 14 Proz. sehr niedrig ist, und nur mit 350 000 M. dem höheren. Der Fiskus fährt aber besser, wenn die Grundstaffel für einen Vermögenszuwachs von einer Million, sagen wir, 40 Proz. und der ergänzende Zuschlag auf den Vermögenszuwachs in der Höhe des Mehreinkommens 50 Proz. beträgt.

So werden gerade die Steuersätze, die der Deutsche Handelstag schier unbegreiflich als Höchstgrenze betrachtet, im Mittelpunkt der Kritik stehen müssen. Aber sein Ausschuß denkt offenbar, Bescheidenheit ist eine Zier, doch ... und geht in seinen Ansprüchen erstaunlich weit:

„Die in Friedenszeiten durch vorsichtige Bewertung des Vermögens gebildeten stillen Reserven dürfen nicht als Kriegsgewinn angesehen werden."

Weiterhin erhebt der Deutsche Handelstag die Forderung, daß der vom Reich als Kriegsteuer in Anspruch genommene Teil des Vermögenszuwachses der Einzelpersonen sowie die Sonderrücklage und die Kriegsgewinnsteuer der Gesellschaften nicht auch noch von den Bundesstaaten und Gemeinden besteuert werden darf. Schließlich lehnt der Ausschuß auch die Ausdehnung der Auskunftspflicht über die Verhältnisse der Steuerpflichtigen auf Banken und Sparkassen ab.

Das Kapitel der stillen Reserven ist ein wunder Punkt. Im Haushaltungsausschuß hat der Reichsschatzsekretär klipp und klar erklärt: „Sofern sich ihre (der stillen Reserven) Verwertung in einem Gewinn äußert, sei das schon ein Teil des Gewinns des Kriegsgeschäftsjahres und insoweit würden einzelne Teile von realisierten stillen Reserven mit herangezogen werden." Der Gesetzentwurf weist im Gegensatz zu dieser Erklärung dem Bundesrat das Recht zu, die in den Kriegsgeschäftsjahren realisierten stillen Reserven aus Friedensjahren von der „besonderen Abgabe" der Kriegsgewinnsteuer zu befreien. Der Handelstag geht noch weiter und verlangt allgemeine Steuerfreiheit für stille Reserven, die in der Hochkonjunktur anläßlich des Verkaufs buchmäßig unterwerteter Bestände zu fordern niemand kühn genug wäre. Im Gegenteil: stille Reserven und Abschreibungen müssen möglichst beschnitten werden, soll der Ertrag der Steuer nicht lächerlich gering sein.

Die Steuerfreiheit für die besondere Abgabe ließe sich nur rechtfertigen, wenn es sich um eine Besteuerung des Mehreinkommens handelte. Nicht angängig ist die Freiheit von staatlicher und gemeindlicher Einkommensbesteuerung wegen einer später fälligen Vermögensabgabe, deren Zinsgenuß jetzt noch dem Steuerpflichtigen zusteht oder die gar in seinem Betriebe als Kapital „arbeitet".

Der letzte Wunsch richtet sich selbst. Nur die Deklarationspflicht der Banken und Sparkassen kann vor den gröbsten Hinterziehungen schützen, die gewisse Lieferanten mit derselben Virtuosität praktizieren werden, mit der sie verdient haben.

Politische Uebersicht.

Tirpitz erkrankt.

Berlin, 13. März. (W. T. B.) Wie wir hören, ist der Staatssekretär des Reichsmarineamts Großadmiral von Tirpitz seit einigen Tagen erkrankt. Die Geschäfte werden von dem dienstältesten Offizier geführt.

Zur Einberufung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten.

München, 13. März. (W. T. B.) Ein Berliner Blatt behauptet, daß die für die nächste Zeit erfolgte Einberufung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten den Wünschen des Reichskanzlers nicht entsprochen, und daß dieser versucht habe, die Besprechung zu verhindern. Wie die Korrespondenz Hoffmann schreibt, ist dieses Gerede völlig haltlos. Der Ausschuß wurde vielmehr im vollsten Einverständnis mit dem Reichskanzler einberufen.

Die verstärkte Haushaltskommission des preußischen Abgeordnetenhauses.

begann am Montag nach Erledigung der zurückgestellten Teile des Etats die Beratung des Gesetzentwurfs über die Erhöhung der Zuschläge zur Einkommens- und zur Ergänzungssteuer. In seiner einleitenden Rede erklärte der Finanzminister, Dr. Lenze, sich entschieden gegen eine Heraufsetzung des steuerfreien Existenzminimums sowie gegen weitere Steuererleichterungen. Andererseits wandte er sich auch dagegen, daß die Progression, die bekanntlich bei Einkommen von 100 000 M. Halt macht, darüber hinaus noch gesteigert wird. Er erklärte, daß eine solche Steigerung bedenkliche Folgen haben könne, der Anreiz zur Steuerhinterziehung wachse, Handel und Wandel würden erheblich geschädigt und der Unternehmungsgeist lasse nach. Den Schaden davon habe das ganze Wirtschaftsleben, nicht zuletzt die Arbeiter. Ferner bekämpfte der Minister die von konservativer Seite beantragte Begrenzung des Gesetzes auf ein Jahr. Er bezeichnete es als unbequem, alljährlich ein neues Steuergesetz zu beraten und stellte sich auf den Boden der Vorlage, wonach die Steuerzuschläge solange gelten sollen, bis ein nach Abschluß des Friedens mit den europäischen Großmächten aufgestellter Etat in Kraft tritt.

Die Weiterberatung des Entwurfs wurde auf Donnerstag vertagt.

Professor Karl Diehl über den „Kriegssozialismus".

Prof. Dr. Karl Diehl (Freiburg) schreibt in seiner eben erschienenen Schrift „Deutschland als geschlossener Handelsstaat im Weltkriege" (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart-Berlin), besonders Seite 14 ff.:

„Es wäre falsch, unsere kriegswirtschaftliche Organisation als eine sozialistische oder staatssozialistische zu bezeichnen. ... Gerade das, was das Fundament der sozialistischen Ordnung ausmacht, nämlich eine geregelte Produktion, wurde überhaupt nicht aufgenommen. ... Es wurde eine teilweise staatliche Regelung des Vertriebs und der Verteilung einiger wichtiger Rohstoffe und Nahrungsmittel vorgenommen ... Dies kann niemals und in keinem Sinne als sozialistische Ordnung des Wirtschaftslebens bezeichnet werden. Es lag aber auch keine Notwendigkeit hierzu vor ... Wir hatten nötig insoweit einzugreifen, als sonst infolge der verhinderten Zufuhr vom Auslande Schwierigkeiten in der Versorgung unseres Volkes mit den wichtigsten Bedarfsgegenständen entstanden wäre. ... Vor allem ist nochmals zu betonen: Nicht die Produktion, sondern nur Handel und Verkehr wurden vom Staate geregelt, und auch diese nur teilweise. ... Die zahlreichen Gründungen, die unter dem Namen Kriegswollgesellschaft ... usw. errichtet wurden, sind nicht etwa staatliche Unternehmungen, sondern Privatgesellschaften, die unter einer gewissen staatlichen Kontrolle stehen. ... Kann schon bei diesen Gründungen nicht von Staatssozialismus ... gesprochen werden, ... so ist die ganz übrige ... Umorganisierung der Industrien ... allein dem privaten Unternehmergeist zu verdanken. ... Sind alle diese sogenannten Kriegsgesellschaften schon ihrer Grundstruktur nach keineswegs sozialistische Organisationen, so sind sie es auch um deswillen nicht, weil bei ihnen der Gewinn nicht ausgeschaltet ist. ... Die oft recht kleinlichen Zänkereien zwischen den verschiedenen Interessentengruppen über die auf die einzelnen entfallenden Gewinne zeigen, wie sehr hier die Kriegskonjunktur auch privatwirtschaftlich ausgenutzt werden kann, und der Egoismus, der sich in der Ausnutzung dieser Kriegskonjunktur zeigt, ist dadurch keineswegs erfreulicher, daß er unter dem Schutze halbamtlicher Organisationen zur Entfaltung gelangen kann" usw.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Arbeiterinnenlöhne bei der A. E. G.

Die Arbeiterinnen der A. E. G. Turbinenfabrik (Abteilung Granaten) beschäftigten sich in einer gutbesuchten Versammlung mit ihren Lohn- und Arbeitsverhältsverhältnissen. Die Direktion hat eine Neuregelung der Lohn- und Akkordverdienste getroffen, die eine schwere Schädigung der ohnehin schlecht bezahlten Arbeiterinnen zur Folge hat. In Zukunft soll der Einstellungslohn für Arbeiterinnen 30 Pf. betragen, steigend jeden Monat um 2 Pf. bis zum Höchstlohn von 38 Pf. Daß diese Entlöhnung bei der gegenwärtigen Teuerung nicht zur Bestreitung des Allernotwendigsten ausreicht, braucht kaum bewiesen werden. Auch die Akkordverdienste sollen in Zukunft bedeutend niedriger sein. Während früher die Akkorde so festgelegt wurden, daß bei intensiver Arbeit noch bis zu 80 Pf. pro Stunde verdient werden konnte, soll nunmehr der Akkordpreis so bemessen werden, daß höchstens 60 Pf. pro Stunde verdient werden kann. Diese Neuregelung der Löhne trifft die Arbeiterinnen umso schwerer, da bestehende höhere Löhne gekürzt werden. In Anbetracht der hohen Gewinne, welche die A. E. G. durch die Fabrikation von Kriegsbedarf erzielt und des gegenwärtig teuern Lebensunterhaltes kann man die Empörung verstehen, die in der Diskussion zum Ausdruck kam.

Aber nicht nur diese Neuregelung der Verdienste veranlaßte die Arbeiterinnen zu lebhaften Klagen, auch über andere Mißstände wurde berichtet. So haben z. B. die Fahrstuhlführerinnen einen Stundenlohn von 35 Pf., obgleich sie zum Teil länger als ein Jahr diese Tätigkeit ausüben. Verlangen Sie Zulage, so wird diese abgelehnt mit der Motivierung, daß sie nicht geprüft seien, also auch keinen höheren Lohn erhalten könnten, die Prüfung wird anscheinend lediglich deshalb nicht vorgenommen. Die schlimmsten Mißstände zeitigt das Akkordsystem. Oftmals wissen die Arbeiterinnen überhaupt nicht, was sie verdienen. Sie glauben im Akkord beschäftigt zu werden, erhalten aber am Wochenschluß nur 40 Pf. Stundenlohn ausgezahlt, trotzdem sie früher mit 50 Pf. pro Stunde entlohnt wurden. Beschweren sie sich, so heißt es: „Sie haben nicht mehr verdient." Die Akkorde werden systematisch viel zu niedrig kalkuliert. Der Meister steht mit der Uhr in der Hand hinter der Arbeiterin und kontrolliert. Die Arbeiterin, dadurch eingeschüchtert, versucht mit Aufbietung aller Kräfte ein möglichst großes Quantum Arbeit zu schaffen, kann aber doch nichts verdienen, und erhält dann nur 40 Pf. Stundenlohn ausgezahlt. — Nach den Ausführungen, die in der Diskussion gemacht wurden, scheint ein ausgeprägtes Antreibersystem zu bestehen. Es kommt auch häufig vor, daß Teiloperationen nicht eher kontrolliert werden, bis das ganze Arbeitsstück fertig gestellt ist, dann erfolgt eine Abschlagszahlung von wöchentlich 10 M. Die Arbeiterinnen klagen auch über zu schwere Arbeiten. So müssen zwei Arbeiterinnen 180 Pfund schweres Material auf den Arbeitstisch heben, diese Leistung muß täglich 180mal vollbracht werden. Es wurde mitgeteilt, daß der Bericht der Betriebskrankenkasse eine ungewöhnlich große Zahl von Fehlgeburten aufweise. Auch die sanitären Einrichtungen sollen sehr mangelhaft sein. Die Arbeiterinnen müssen die mitgebrachten Eßwaren zwischen die Werkzeuge legen, da keine andere Gelegenheit zum Aufbewahren vorhanden ist. Das Reinigen des Arbeitsmaterials erfolgt mittels rotierender Stahlbürsten, ohne daß Staubabsaugevorrichtungen angebracht sind. Die damit beschäftigten Arbeiterinnen sind von Staub und Schmutz bedeckt und müssen denselben auch einatmen.

Noch eine Anzahl anderer Mißstände wurde mitgeteilt, wir glauben aber, die vorstehenden beleuchten die Verhältnisse zur Genüge. Die A. E. G. beschäftigt viele Kriegerfrauen, die meisten sind vorher noch nie in Fabriken tätig gewesen. Die Organisation ist deshalb auch noch schwach und konnte nicht so eingreifen, wie es nötig wäre.

Deutsches Reich.

Der Ablauf des Tarifvertrages im Stukkateur- und Gipsergewerbe.

Von den Tarifverträgen, die bisher für das Stukkateur- und Gipsergewerbe bestanden, laufen am 31. März dieses Jahres rund 80 ab. Die große Mehrzahl der Verträge sind mit den in diesen Spezialberufen bestehenden beiden Unternehmerorganisationen abgeschlossen, während es sich bei den übrigen um Verträge für einzelne Städtegebiete handelt. Der Zentralverband der Gipser-, Stukkateur- und Verputzermeister Süddeutschlands, der seinen Sitz in Karlsruhe hat, ist an 25 Verträgen beteiligt. Der Tarifvertrag ist im Jahre 1913 für Süddeutschland abgeschlossen worden. Da bis zum 1. Februar eine Einigung nicht erzielt wurde, hat der Vorsitzende des Zentralschiedsgerichts, Bürgermeister von Durlach Herr Dr. Zierau, Anfang Februar bei den beteiligten Organisationen wegen ihrer Stellungnahme beim Vertragsablauf angefragt. Infolgedessen traten am 29. Februar die Vertreter der beiderseitigen Organisationen zu einer Besprechung zusammen. Von den Unternehmern waren acht Vertreter erschienen, und zwar je zwei von Karlsruhe und Ulm, je einer aus Freiburg, Heidelberg, Kaiserslautern und Pforzheim. Die Arbeiter waren vertreten durch je zwei Vertreter des freien und des christlichen Verbandes. Bei der Aussprache stellte sich heraus, daß beide Parteien darin einig sind, einen vertragslosen Zustand wenn irgend möglich zu vermeiden, jedoch wurde hierbei von den Arbeitervertretern kein Zweifel darüber gelassen, daß diese Möglichkeit nur vorliege, wenn von den Unternehmern erhebliche Teuerungszulagen zugebilligt würden. Außer der Neuregulierung der Lohnsätze soll dann an dem Wortlaute des Vertrages nichts geändert werden. Die neuen Abmachungen sollen dann für die Dauer eines Jahres Geltung haben. In bezug auf die zu bewilligende Lohnerhöhung erklärten die Unternehmer, daß für sie maßgebend sei, wie die Tarifverhältnisse im Baugewerbe geregelt würden. Dem Schiedsgerichtsvorsitzenden bleibt es überlassen, den Termin für die weiteren Verhandlungen zu bestimmen.

Die Arbeitslosenzählungen in Sachsen.

Nach den Ergebnissen der gewerkschaftlichen Arbeitslosenzählungen in den verschiedenen Landesteilen ist sowohl im Reichsdurchschnitt wie in der Mehrzahl der Landesgebiete ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Besonders beachtenswert sind für das Jahr 1915 diese Feststellungen in der Gebietsgruppe Königreich Sachsen-Thüringische Staaten im Vergleich zum Reichsdurchschnitt. Nach dem „Reichsarbeitsblatt" waren nämlich von 100 Gewerkschaftsmitgliedern arbeitslos zu Ende:

	März	Juni	September	Dezember
in Sachsen und Thüringen .	4,9	4,4	5,8	5,0
im Reichsdurchschnitt . . .	3,4	2,5	2,6	2,7

Trotz der Verminderung der Arbeitslosenziffer von 5,8 auf 5,0 ist der Stand der Arbeitslosigkeit in Sachsen im 4. Quartal 1915 immer noch höher als in den beiden ersten Quartalen und fast doppelt so hoch als im Reichsdurchschnitt. Sachsen steht auch bezüglich der Höhe der Arbeitslosenziffer unter den 13 angeführten Reichsgebietsteilen an erster Stelle. In absteigender Linie schließen sich dann an: die Gebietsgruppen Württemberg und Baden mit 3,7, Ost- und Westpreußen, Pommern und das rechtsrheinische Bayern mit 3,2, Posen und Schlesien sowie Elsaß-Lothringen und die bayerische Pfalz mit je 2,5, Berlin und Brandenburg mit 1,7, Schleswig-Holstein, Mecklenburg usw. mit 1,6, Hannover, Oldenburg, Braunschweig mit 1,5; dann ferner die Provinz Sachsen und Anhalt mit 1,3, die Rheinprovinz mit 1,1 und Westfalen sowie Großh. Hessen und Hessen-Nassau mit 1,0 Prozent Arbeitsloser. — Unter den angeführten Berufen weist die Gruppe der Porzellanarbeiter die größte Arbeitslosenzahl auf. Von diesen waren zu Ende Dezember 1915 noch 35,7 Proz. ohne Beschäftigung. Dann folgen die Lederarbeiter mit 18,5, die Maler und Lackierer mit 11,1, die Textilarbeiter mit 10,6, die Hutarbeiter mit 10,2, die Glasarbeiter mit 8,8, die Buchbinder und Glaser mit je 8,6, die Bildhauer mit 5,8 und die Bauarbeiter mit 5,1 Proz. Arbeitslosen. Die niedrigsten Prozentsätze dagegen hatten die Organisationen der Metallarbeiter und Tabakarbeiter mit je 0,6 Proz. aufzuweisen. Im Porzellanarbeiterverbande erhöhte sich im Laufe des 4. Quartals 1915 die Arbeitslosenziffer von 16,9 auf 35,7, im Malerverband von 1,1 auf 11,1, im Bauarbeiterverband von 0,9 auf 5,1 und im Glaserverband von 5,2 auf 8,6.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Zeitweise heiter, jedoch vorwiegend wolkig oder nebelig, ohne erhebliche Niederschläge. In den Tagesstunden mild.

Deutsches Theater.
Direktion: Max Reinhardt.
7½ Uhr: **Maria Stuart.**
Mittwoch: **Der Biberpelz.**

Kammerspiele.
8 Uhr: Der eingebildete Kranke.
Mittwoch: **Der Weibsteufel.**

Volksbühne. Theater a. Bülowpl.
8½ U.: **Fuhrmann Henschel.**

Dir. Meinhard-Bernauer.
Theater i. d. Königgrätzerstraße
8 Uhr: **Kameraden.**

Komödienhaus
8¼: Das Mädchen aus der Fremde.

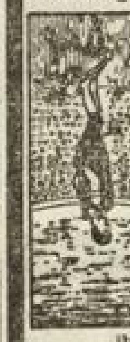
Berliner Theat.
8 Uhr: Wenn zwei Hochzeit machen.

Lessing-Theater.
8 Uhr: Die gutgeschnittene Ecke.
(Albert Bassermann.)
Mittwoch: Die gutgeschnittene Ecke.
(Albert Bassermann.)

Deutsches Künstler-Theater.
Allabendlich 8 Uhr:
Die selige Exzellenz.

URANIA
Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Im Kampf um Konstantinopel

Circus Busch
Täglich 8, Sonntags 3½ u. 8 Uhr:
Das großartige
Märzprogramm u. a.



Elwino
in seinen Tauch- u. Entfesselungs-Produktionen!
U. a.:
Entfesselung unter Wasser.

2000 Pfund schwer, belgisches Arbeitspferd
Goliath
in der hoh. Schule
gef. v. Frl. Botoni
Zum Schluß:
Ein Wintermärchen.

Theater für Dienstag, den 14. März.

Deutsches Opernhaus Charlottbg.
8 Uhr: **Der Bettelstudent.**
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
8 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**
Gebr. **Herrnfeld**-Theater
8 Uhr: **Sokrates und Perlmutter.**
Kleines Theater.
8 Uhr: **Henriette Jacoby.**
Komische Oper.
8 Uhr: **Jung muß man sein.**
Lustspielhaus.
8 Uhr: **Der Gatte des Fräuleins.**
Montis Operetten-Theater
8 Uhr: **Der Sterngucker.**
Residenz-Theater
8¼ Uhr: **Loge No. 7** m. Henry Bender.

Metropol-Theater
8 Uhr: **Die Kaiserin** (Maria Theresia).
Schiller-Theater O.
8 Uhr: **Das Lumpengesindel.**
Schiller-Th. Charlottenbg.
8 Uhr: **Romeo und Julia.**
Thalia-Theater.
8 Uhr: **Blondinchen.**
Theater am Nollendorfpl.
3¼ Uhr: **Talisman.**
8¼ U.: **Immer feste druff!**
Theater des Westens
8 Uhr: **Das Fräulein vom Amt.**
mit Guido Thielscher.
Trianon-Theater.
8¼ U.: **Verheiratete Junggesellen.**

WINTER-GARTEN
Große Vorstellung!
Operette
Spezialitäten
Kino.
Frühjahrspreise
(wochentags inkl. Steuer):

Parkett-Faut. 1.-3. Reihe	4.—
„ 4.-6. „	3.—
Parkett 2,— M.	
Reservierter Platz . . .	1.50
Eintritt	1.—
„	0.60

Sind's die Augen,
Geh' zu Ruhnke!

Denken Sie auch

daß Abgespanntheit nur eine Folge geistiger Ueberarbeitung sei? In vielen Fällen sind's die Augen, welche nervöse Beschwerde verursachen, weil sie den Dienst versagen.

Wie unangenehm aber ist es, wenn Sie eine dringende Arbeit unterbrechen müssen wegen Ermüdung oder Kopfweh.

Wollen Sie noch ebenso ausdauernd arbeiten können wie in jüngeren Jahren und doch geistig rege und frisch bleiben, so sorgen Sie dafür, daß Ihre Augen Ihnen keine unnötigen Beschwerden machen.

Wünschen Sie Gewißheit über den Zustand Ihrer Augen sowie ob Ihnen Gläser nötig sind oder ob Ihre jetzigen noch passen, so kommen Sie zu uns.

Wie unsere werte Kundschaft unsere Dienste zu schätzen weiß, bezeugt nebenstehendes Schreiben.

Sehr geehrter Herr Ruhnke!

Ich bemerke ergebenst, daß die Reparatur tadellos ausgeführt worden ist.

Indem ich Ihnen für Ihr Entgegenkommen bestens danke, verspreche ich Ihnen, Ihre Firma bei meinen Freunden, Kollegen und Bekannten bestens zu empfehlen und auch fernerhin Ihr Kunde zu bleiben.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. W. W., Kanzleisekretär beim Königl. Landgericht I.

Wir garantieren Zufriedenheit,

das heißt, Ihre Fassung kann so gut sein daß kein Fachmann etwas daran auszusetzen findet, die Gläser so passend, daß Ihnen kein Arzt andere verordnen würde, aber dennoch sind Sie vielleicht damit nicht zufrieden.

Wir berücksichtigen stets alle Ihre Wünsche.

Die Augenuntersuchung ist kostenlos.

Wir garantieren für Passen der Gläser.

Unsere Dienste aber gehen noch weiter, denn wir garantieren für unsere Einfassungen von M. 4,50 aufwärts (ohne Gläser) 1, 2 und 3 Jahre und machen Ihnen in dieser Zeit

alle Reparaturen umsonst.

Ausgenommen davon ist Bruch der Gläser, der Horn- und der Schildpatt-Teile. Ja, wenn die garantierte Fassung, sei es auch durch Ihre eigene Schuld, so zerbrochen wird daß eine Reparatur nicht mehr lohnt, so erhalten Sie gleichwertigen Ersatz umsonst.

Optiker Ruhnke, Berlin.

Friedrich-Str. 150, E. Dorotheen-Str. | Alexanderplatz n. Aschinger | Invaliden-Str. 164, E. Brunnen-Str.
180, Ecke Tauben-Str. | Oranien-Str. 44 | Spittelmarkt, Ecke Wall-Str.
Leipziger Str. 118, Ecke Dauer-Str. | Chaussee-Str. 79 | Friedenau, Rhein-Str. 18,
Tauentzien-Str. 15, E. Marburger Str. | Turm-Str. 1, E. Potsdamer Str. | gegenüb. Kaiser-Allee, E. Kirch-Str.
Auch Sonntags von 12—2 geöffnet.

Luisen-Theater
Heute und Donnerstag, Freitag, Sonnabend, Sonntag (8 Uhr)
8,15 Uhr: **Charlotte Klinger.**
Mittwoch 8,15 Uhr: **Mutterfegen.**
Sonnabend 4 Uhr: **Sneewittchen.**

Rose-Theater.
8 Uhr: **Ein Schlag ins Gesicht.**
Morg.: **Ich lasse Dich nicht.**

Walhalla-Theater.
8 Uhr abends:
GRIGRI.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Tägl. 8 Uhr:
Neu! Neu!
Das erste Volksstück in dieser Spielzeit!
Die Vogelscheuche.
Dazu das große Märzprogramm.
Sonntag 4 Uhr: **Sein Patent.**

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Zum 139. Male:
„Die von der Emden."
Für Militärpersonen freier Eintritt zu den Stett. Sängern.
Anfang 8 Uhr.

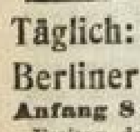
Palast Theater am Zoo
Anf. 8 Uhr. Sonnt. 3½ u. 8 Uhr.
Voller Erfolg
des Riesen-März-Programms
Olga Desmond
in ihr. Neuheit: Ein Geigertraum.
Bernhard Mörbitz
der berühmte Komiker.
Wiederauftreten **Lene Land,**
die popul. Parod., u. d. übrigen Schlager. 12 erstkl. Nummern.

Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Dienstag, den 14. März 1916:
Die Else vom Erlenhof.
Volksstück aus dem Schwarzwalde in 5 Akts. von Siegfr. Konr. Staud.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Admiralspalast
Eis-Arena
Großes
Eis-Ballett.
½9 Uhr. 2, 3, 4 M.
Vorzügliche Küche!

Possen-Theater
Linienstraße, a. d. Friedrichstr.
8¼ 8¼
Kobis Abenteuer
Der große Augenblick
mit Leonhard Haskel und Siegfried Berisch

In Freien Stunden
Die
Wochenschrift für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.



Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Täglich: **Großes Konzert.**
Berliner Konzerthaus-Orchester Leiter: Komponist **Franz v. Blon.**
Anfang 8 Uhr. **Eintritt 30 Pf.** **Anfang 8 Uhr.**
Freitag, den 17. März: **Großes Wohltätigkeits-Konzert** zum Besten für die im Felde stehenden Krieger des Pionier-Ersatz-Bataillons Nr. 28, Küstrin.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung.
Sprechstunden: 10—2 und 4—8

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.

Oskar Wollburg
Trauer-Magazin
gegründet 1896
Brunnenstr. 56-57
Auf Wunsch Auswahlsendung.
Tel. Norden 8540.
Blusen von **2.90 M.** an
Röcke von **4.75 M.** an
Maßanfertigung in 8 Stunden

H. Pfau, Bandagist
Berlin C., **Dircksenstraße 20**
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt Kgst. 3208.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Lieferant für **alle Krankenkassen**

Spezialarzt
für Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinkranke jeder Art. **Ehrlich-Hata-Kuren,**
Friedrichstr. 81, gegenüber Panoptikum.
Sprechst. 10-2, 5-9, Sonntags 11-2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
— Separates Damenzimmer. —

Gegründet 1876

Versand nach allen Plätzen Deutschlands.

Möbelfabrik Rob. Seelisch
BERLIN O 112, Rigaer Str. 71—73a
empfiehlt **gute preiswerte Möbel**

Wohnzimmer	203.50,	255.75,	293,	363,	446,	534
Schlafzimmer . . .	242,	322,	360,	429,	495,	853
Speisezimmer . . .	323,	447,	715,	748,	935,	1395
Herrenzimmer . . .	205,	337,	473,	503,	576,	823
Küchen . . .	58,50,	76,	94,	105,	121,	138, 193

Einrichtungen bis 10 000 M.
Illustrierter Katalog Nr. 13 gratis und franko.

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw. Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsbl.

Aus der Partei.

Die Parteiorganisationen und die Steuerfrage.

Sonntag, den 12. d. Mts., fand in Dresden eine Sitzung statt, an welcher der Landesvorstand, die Bezirksvorstände, die Wahlkreisvorsitzenden, die Parteisekretäre und Vertreter der Parteipresse Sachsens teilnahmen. Sie war zu dem Zweck berufen, Stellung zur Reichssteuerfrage zu nehmen. Nach mehrstündiger Erörterung wurde gegen zwei Stimmen folgende Resolution angenommen:

„Die am 12. März tagende erweiterte Landessitzung der Sozialdemokratischen Partei Sachsens, an der teilnehmen: der Landesvorstand, die Bezirksvorstände, die Vertreter der Kreisorganisationen und der Parteiredaktionen, ersucht die Reichstagsfraktion, die geplanten Verkehrs- und Genußmittelsteuern unter allen Umständen abzulehnen und einzutreten für ausreichende Steuern auf Besitz und Einkommen, als welche zurzeit in Frage kommen: 1. abermalige Erhebung des Wehrbeitrages, 2. Besteuerung der Kriegsgewinne, 3. Ausdehnung und Erhöhung der Erbschaftssteuer, 4. Reichseinkommen- und Vermögenssteuer.“

Stellungnahme zur Fraktionshaltung.

Am Sonntag, den 12. März, tagte in Guben eine erweiterte Kreiskonferenz für den Wahlkreis Guben-Lübben. Sie befaßte sich u. a. mit der Haltung der Reichstagsfraktion, über die der Reichstagsabgeordnete Otto Wels referierte. Nach lang ausgedehnter Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Kreiskonferenz für den Wahlkreis Guben-Lübben billigt die Politik der Reichstagsfraktion vom 4. August 1914 und verurteilt die Haltung der 20 Opponenten sowie alle Handlungen, welche geeignet sind, die Einheit der Partei zu gefährden.“

Der Prozeß gegen die „Internationale“ vertagt.

Am 22. d. Mts. sollte vor dem Landgericht in Düsseldorf der Prozeß gegen die Herausgeber und Mitarbeiter der Mehring-Luxemburgschen Monatsschrift „Die Internationale“ stattfinden. Jetzt haben die Angeklagten die Mitteilung erhalten, daß gerichtlicher Anordnung zufolge der Termin auf unbestimmte Zeit vertagt ist.

Ein Siebzigjähriger.

Ein noch aktiver Alter, Genosse Ernst Bollengraben in Solingen, feiert am 13. März seinen 70. Geburtstag. Vor 53 Jahren durch die Agitation Lassalles in Solingen der Partei zugeführt, hat Bollengraben in allen Stürmen treu zur Sache gestanden. Im Solinger Bruderkrieg, der lange Jahre dauerte, war eine so versöhnende Natur wie der alte Bollengraben von hohem Werte. Lange Jahre war unser Genosse der geschickte und gefürchtete Führer unserer Solinger Stadtverordnetenfraktion, und seit der Gründung der „Bergischen Arbeiterstimme“ vor 25 Jahren gehört er den leitenden Verwaltungskörperschaften der Genossenschaftsbuchdruckerei an, seit Jahren schon als Vorsitzender des Vorstandes.

Aus Industrie und Handel.

Herabsetzung der Höchstpreise für Leder.

Amtlich. Berlin, 13. März. (W. T. B.) Mit dem 15. März 1916 tritt eine neue Bekanntmachung, betreffend Höchstpreise und Beschlagnahme von Leder anstelle der bisherigen Bekanntmachung über die Höchstpreise für Leder vom 1. Dezember 1915, durch die die bisher gültigen Grundpreise für Leder bei einer ganzen Anzahl von Sorten erheblich herabgesetzt werden. Die neue Bekanntmachung enthält auch im Einzelnen noch verschiedene Abweichungen von der bisherigen. Alle Anfragen von Privatpersonen, Firmen, Verbänden oder anderen nicht amtlichen Stellen sind, soweit sie sich auf die festgesetzten Preise beziehen, an die Geschäftsstelle der Gutachterkommission für Lederhöchstpreise, Berlin W. 8, Behrenstr. 46, zu richten.

Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Polizeibehörden einzusehen. Abdrucke der Bekanntmachungen sind bei der Meldestelle der Kriegs-Rohstoffabteilung für Leder und Lederrohstoffe, Berlin W. 8, Behrenstr. 46, erhältlich.

Bestandsmeldung von Metallen.

Amtlich. Die Bekanntmachung betreffend Bestandsmeldung und Beschlagnahme von Metallen Nr. M. 1. 4. 15. KRA vom 1. Mai 1915 sieht im § 7 eine regelmäßige Bestandsmeldung für die beschlagnahmten Metalle durch die Gewahrsamhalter alle zwei Monate vor. Zur Vermeidung von Mißverständnissen und Verwechslungen sei darauf hingewiesen, daß nach dem jetzigen Stande der Beschlagnahme eine solche regelmäßige Bestandsmeldung außer durch die genannte Bekanntmachung nur noch durch die Bekanntmachung Nr. M. 6172/2. 15. KRA betreffend Vorratserhebung und Bestandsanmeldung über Wolfram, Chrom, Molybdän, Vanadium und Mangan vorgeschrieben ist. Für diese Metalle ist die Meldung alle drei Monate zu wiederholen. Die übrigen Bekanntmachungen über Beschlagnahme und Meldepflicht von Metallen und Erzeugnissen aus Metall, beispielsweise für Haushaltungsgegenstände, schreiben durchweg nur einmalige Meldung zu einem bestimmten Zeitpunkt vor.

Die Bestandsmeldung der nach Verordnung M. 1. 4. 15. KRA beschlagnahmten Metalle ist am 1. März 1916 wieder fällig gewesen und muß zur Vermeidung der in der Bekanntmachung angedrohten Strafen bis zum 15. März 1916 bewirkt sein. Der nächste Meldestichtag für die Bestandsmeldungen auf Grund der Verordnung M. 6172/2. 15. KRA ist der 1. April 1916.

Auch für die Erstattung dieser Meldung ist eine Frist bis zum 15. April 1916 gewährt.

Alle Einzelheiten über die Meldebestimmungen sind auf den Meldescheinen abgedruckt, die bei den Postämtern I. und II. Klasse erhältlich sind. Der vorstehende Hinweis verfolgt lediglich den Zweck, die Meldepflichtigen an die pünktliche Erfüllung der ergangenen Vorschrift zu erinnern und ihnen die unliebsamen Folgen einer Unterlassung zu ersparen.

Kriegsgewinne.

Die Adlerwerke vorm. Heinrich Kleyer A.-G. in Frankfurt a. M. werden voraussichtlich für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 22 Proz. gegen 17 Proz. im Vorjahr verteilen.

Der Aufsichtsrat der Reichelt-Metallschrauben A.-G. in Finsterwalde beschloß, neben reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen die Verteilung einer Dividende von 20 Proz. gegen 15 Proz. im Vorjahre.

Die Wollwarenfabrik „Mercur“ in Liegnitz beschloß, der Generalversammlung aus dem im Betriebsjahre 1914/15 erzielten 215 198 M. (im Vorjahre 191 487) betragenden Reingewinn eine Dividende von 12 Proz. (wie im Vorjahre) in Vorschlag zu bringen.

Die Gesellschaft Würker u. Knirsch A.-G. in Dresden verteilt für 1915 eine Dividende von 14 Proz. (i. V. 5 Proz.). Das Unternehmen hat sich seit Beginn des Krieges der Herstellung von Kriegsmaterial gewidmet, da seine eigentliche Fabrikation — Nähmaschinen — brach liegt.

Die Sächsische Kammgarnspinnerei zu Harthau erzielte einen Reingewinn von 341 900 Mark (gegen 132 815 Mark im Vorjahre). Die Dividende wird von 4 auf 7 Prozent erhöht.

Dr. Pape unter Totschlagsanklage.

Der frühere Gemeindeschöffe von Weißensee, Dr. jur. Pape, ein bei unseren Lesern und bei den Arbeitern Weißensees nicht gerade in rühmlichem Gedächtnis stehender Herr, stand gestern unter der Anklage des Totschlags vor dem Schwurgericht des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hesse. Gestern erstreckte sich die Verhandlung nur auf die verantwortliche Vernehmung des Angeklagten. Die Verhandlung wird heute fortgesetzt und voraussichtlich erst morgen zum Abschluß gebracht werden.

Der Angeklagte ist beschuldigt, am 22. Oktober 1913 in Bangkok seinen Bruder Kurt Pape vorsätzlich aber ohne Ueberlegung erschossen zu haben. Der jetzt 40 Jahre alte Angeklagte, ein geborener Mecklenburger, hat im Jahre 1902 die zweite juristische Staatsprüfung bestanden. Im Jahre 1904 wurde er besoldeter Gemeindeschöffe in Berlin-Weißensee. Nach mehr als dreijähriger Wirksamkeit daselbst wurde in erster Instanz auf Dienstentlassung wegen Dienstvergehen gegen ihn erkannt; das Oberverwaltungsgericht hob das Urteil auf und erkannte auf eine Geldstrafe von 400 M. Nach drei Jahren wiederholte sich die Einleitung eines Verfahrens gegen ihn wegen Dienstvergehen. Diesmal lautete nun der Spruch des Oberverwaltungsgerichts auf Dienstentlassung. — Während noch das Verfahren bei dem Oberverwaltungsgericht schwebte, ging Dr. Pape nach Bangkok in Siam, wo sein um sechs Jahre jüngerer Bruder Kurt Pape ein Heilmittelgeschäft betrieb. In dieses unter der Firma „Pape Brothers Medical Hall“ betriebene Geschäft trat Dr. Pape mit einer Einlage von 5000 M. als gleichberechtigter Teilnehmer ein und versah, als sein Bruder krankheitshalber nach Europa gereist war, den Geschäftsbetrieb als Leiter. Außerdem übte er die Rechtsanwaltstätigkeit beim deutschen und österreichischen Konsulargericht aus. Bald nach der Rückkehr des Kurt Pape aus Europa kam es zu immer heftiger werdenden Streitigkeiten zwischen den Brüdern. Der Unfriede steigerte sich zu Handgreiflichkeiten. Der Angeklagte soll bei solchen erregten Szenen mehrfach von seiner Browningpistole Gebrauch gemacht haben. Auf seinen Antrag wurde durch Urteil des Konsulargerichts in Bangkok im April 1913 die offene Handelsgesellschaft aufgelöst. Kurt Pape legte hiergegen Berufung ein. Drei Monate später wurde dem Dr. Pape durch Urteil des Konsulargerichts die Befugnis zur Geschäftsführung entzogen, bald darauf erging eine einstweilige Verfügung, durch die er zur Herausgabe der Geschäftsschlüssel angehalten wurde. Er gab sie aber nicht heraus und verweigerte auch die Leistung des Offenbarungseides über ihren Besitz. Dann wurde dem Apotheker Kurt Pape gerichtsseitig aufgegeben, dem Angeklagten wöchentlich einmal Gelegenheit zu geben, sich über die Angelegenheiten der in Liquidation befindlichen Handelsgesellschaft zu unterrichten. Doch wurde dem Dr. Pape zur Bedingung gemacht, daß er bei Ausübung dieses Kontrollrechts keine Waffe bei sich tragen dürfe. Am 21. Oktober 1913 kam es im Geschäftslokal zu einer sehr häßlichen Szene. Der Angeklagte erschien mit einem Gerichtsvollzieher. Als letzterer die Zustellung an den im Geschäft anwesenden Klerk Bun Hua bewirkt hatte, kam der Apotheker Kurt Pape hinzu. Es entspann sich nun ein sehr erregter Auftritt. Der Angeklagte wollte mit seinem Schlüssel den Geldschrank öffnen, er schloß ihn auf, wurde aber von seinem Bruder unter Anwendung von Gewalt an der Prüfung seines Inhalts gehindert. Dr. Pape stürzte zu Boden, machte die Browningpistole, die er bei sich führte, schußfertig und es entspann sich ein erbittertes Ringen zwischen beiden, da Kurt Pape alles aufbot, um ihm die Pistole zu entreißen. Dabei ging ein Schuß los, ohne zu treffen. Endlich gab der Angeklagte die Pistole heraus. Am nächsten Morgen, 22. Oktober 1913, erschien er wieder in dem Lokal, um wegen eines Wechsels und wegen der notwendigen Inventur Rücksprache zu halten und Anordnungen zu treffen. Im Geschäftslokal waren der Klerk Bun Hua, Klerk Bun Chue, ein anderer Angestellter und Kurt Pape anwesend. Letzterer soll dem Bruder gleich energisch entgegengetreten sein und ihn zurückgestoßen haben, so daß er zurücktaumelte. Dr. Pape feuerte seine Pistole ab, ohne Schaden anzurichten. Seine Versuche, anderweitig in das Lokal zu kommen, wurden zurückgewiesen; er schoß zum zweitenmal, der Schuß traf aber niemand. Inzwischen hatte der vor dem Geschäft Posten stehende Konstabler Nai Kem, durch die Schüsse aufmerksam geworden, die Alarmpfeife ertönen lassen und es kam der Konstabler Tonty Dam herbeigeeilt, der nun ebenso wie sein Kollege bei dem Schlußakt des Dramas anwesend war. Der Angeklagte gab noch einen dritten Schuß auf seinen Bruder ab, der diesen tödlich verletzte. Kurt Pape wankte zum Schreibtisch und fiel bewußtlos zu Boden. Der Angeklagte fuhr in einer Rickschaw davon, nachdem er den Konstabler Tonty Dam, der ihn verhaften wollte, unter Ueberreichung seiner Visitenkarte zurückgewiesen hatte. Er fuhr zu dem Arzt Dr. Faulhaber, der bei seinem Erscheinen im Geschäftslokal nur noch den eingetretenen Tod des Kurt Pape feststellen konnte. Der Angeklagte ging aufs Konsulat und zeigte an, daß er seinen Bruder in der Notwehr erschossen habe. Der Behauptung des Angeklagten, daß er aus Notwehr gehandelt, steht die Sachdarstellung gegenüber, die mehrere siamesische und chinesische Augenzeugen, die vom Legationssekretär Remy unter Mitwirkung des Gerichtsschreibers Zobel vernommen worden sind, zu Protokoll gegeben haben.

Der Angeklagte hat Veranlassung gegeben, auch die Frage seines Geisteszustandes eingehend zu prüfen. Ueber diese Frage liegen ausführliche ärztliche Gutachten, darunter der Geh. Medizinalräte Dr. Strassmann und Dr. Leppmann sowie des Geh. Sanitätsrats Dr. Otto vor. Der Angeklagte hat längeren Aufenthalt in Buch, Dalldorf und schließlich in Herzberge nehmen müssen und ist aus der letzteren Anstalt wegen mangelnder Gemeingefährlichkeit wieder entlassen und in Untersuchungshaft genommen worden.

Der Angeklagte behauptet, daß er bei seinem Eintreffen in Bangkok eine große geschäftliche Unordnung vorgefunden habe; er habe sich die erdenklichste Mühe gegeben, Ordnung zu schaffen, es sei ihm aber nicht gelungen, da der Bruder nach seiner Rückkehr aus Europa offenbar nicht geneigt gewesen sei, die nur von ihm zu ermöglichende Hilfe zu leisten. Daraus seien dann die Zwistigkeiten entstanden, die schließlich zur Katastrophe geführt haben. Der Angeklagte ist, wie der Vorsitzende erwähnt, ein Mann, den man als „Rechtsfanatiker“ bezeichnen könnte, der Bruder war, nach der Behauptung des Angeklagten, rechthaberisch und selbstherrlich.

Jedenfalls geht aus der Verlesung all dieser Akten hervor, daß das Verhältnis zwischen den beiden Brüdern das denkbar schlechteste war.

Der Verteidiger R.-A. Dr. Isaac stellte fest, daß dem Angeklagten nicht verboten war, überhaupt eine Waffe bei sich zu führen, sondern nur: mit der Waffe nicht in einer das Geschäftspersonal oder die Kunden gefährdenden Weise zu hantieren. Der Verteidiger meinte hierzu, daß in Siam die Verhältnisse doch anders seien, als bei uns und die Europäer dort häufig Revolver bei sich tragen. — Ein Geschworener regte an, daß die Aeußerungen des Angeklagten über die Sicherheitszustände in Siam nach der vorliegenden Literatur doch nicht zuzutreffen scheinen. Nach der Literatur sind die Siamesen das friedfertigste Volk, lieben nicht den Streit, und speziell in Bangkok sind die Europäer absolut sicher. — Der Angeklagte widersprach diesen Ausführungen und verwies auf mehrere Einzelfälle, die ihm als Beweis dafür zu gelten scheinen, daß ein Siamese unter Umständen doch leicht dazu komme, wegen einer Kleinigkeit einen Menschen über den Haufen zu stechen. Nach seiner Ueberzeugung sei der Siamese an sich zwar friedlich, aber falsch und hinterlistig. — Staatsanwalt Herbst beantragte nach Beendigung der Verlesungen aus den Protokollen die Verlesung der Disziplinarakten, damit die Geschworenen die darin enthaltene Charakteristik des Angeklagten zur Kenntnis nehmen können. — Rechtsanwalt Dr. Isaac und der Angeklagte widersprachen entschieden diesem Antrage.

Eine Beschlußfassung über den Antrag wurde ausgesetzt. — Ein Geschworener hielt es doch für auffällig, daß der Angeklagte beim Besuche in dem Geschäftslokal des Bruders eine Pistole bei sich trug. — Auf ähnliche Vorhaltungen des Vorsitzenden bemerkte der Angeklagte: Ihm sei es darauf angekommen, aus dem Geschäft, bei dem man keine Seide spinnen konnte, herauszukommen. Er sei dabei aber immer wieder auf den Widerstand des Bruders gestoßen, der zwar mit seinem Ausscheiden einverstanden gewesen wäre, von dem er aber nie die geforderte Sicherheit habe erlangen können. Mit bloßen Versprechungen habe er sich nicht genügen lassen wollen, denn der Bruder habe das Blaue vom Himmel herunter versprochen, wenn es aber an die Erfüllung des Versprechens ging, sei er nicht zu haben gewesen. — Vors.: Sie mußten sich doch aber sagen, daß schließlich mal ein Unglück passieren würde. Steht Ihnen denn ein Bruder nicht höher als der Mammon? — Angekl.: Der Mammon stand nicht in Frage, sondern auch die rechtlichen Folgen für mich. Ich habe die Pistole mitgeführt, um für alle Fälle sicher zu sein, nachdem mir mein Antrag auf polizeiliche Begleitung abgelehnt worden war. In einem Falle hatte ich übrigens gesehen, daß der Bruder durch das bloße Vorhalten der Pistole von einem beabsichtigten Angriff zurückgeschreckt worden war. — Vors.: Dann hätte es doch genügt, wenn die Pistole mit einer Platzpatrone ausgerüstet gewesen wäre. — Nachdem Staatsanw. Herbst im Gegensatz zum Angeklagten betont hatte, daß gerade der Bruder das Ausscheiden des Angeklagten aus dem Geschäft wiederholt dringend gewünscht, der Angeklagte es aber abgelehnt habe, wurde die Sitzung auf heute vertagt.

Aus Groß-Berlin.

Berliner Finanzen.

Der Abschluß der Berliner Stadthauptkasse hat für das Rechnungsjahr 1914/15 einen Fehlbetrag von 5 126 780 M. ergeben. Dieses Ergebnis kann nicht überraschen, wenn man berücksichtigt, daß während des Krieges die Ausgaben erheblich gestiegen sind und die Einnahmen mit diesen gesteigerten Ausgaben nicht gleichen Schritt gehalten haben. Der Abschluß vom Jahre 1913/14 ergab einen Ueberschuß von 1,3 Millionen Mark, der vom Jahre 1912/13 sogar von 12½ Millionen Mark und der von 1911/12 rund 7,7 Mill. Mark. Diese Ueberschüsse sind regelmäßig in den folgenden Jahren mit verbraucht worden. Der Abschluß für 1914/15 wäre an sich noch ungünstiger, wenn nicht eine größere Summe aus der von der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft gezahlten Abfindungssumme verfügbar geworden wäre. Auch jetzt soll diese Abfindungssumme von rund 19 Millionen Mark zur Deckung des Fehlbetrages mit herangezogen werden. Man wird jetzt hier und da bedauern, daß in früheren Jahren kein Ausgleichsfonds angesammelt wurde, was mehrere Male vom Magistrat und auch von Stadtverordneten empfohlen ist und möglich war, denn die Ueberschüsse von 1891 bis 1913/14 betrugen nach Abzug der Fehlbeträge in den Jahren 1901/02 und 1902/03 nicht weniger als rund 141 Millionen Mark. Es wird beabsichtigt, die Bildung eines solchen Ausgleichsfonds abermals anzuregen. Dazu sollen 2 Millionen Mark dienen, die man als sogenannte „Vorbehaltsmittel“ in den Etat für 1916 schon eingestellt hat und dann jene Abfindungssumme, die in Höhe von 19 Millionen Mark von der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft 1912 gezahlt wurden für die Verlängerung ihrer Konzession.

Antonie Leuschner.

Die Alten sterben allmählich. Heute nachmittag um 2½ Uhr wird im Krematorium in der Gerichtstraße auch die Leiche der Genossin Antonie Leuschner eingeäschert. Der jüngeren Generation ist Antonie Leuschner gänzlich unbekannt. Denen aber, die unter dem Sozialistengesetz tätig waren, namentlich im 5. Berliner Wahlkreis, ist die kleine, etwas üppige, schwarzhaarige Frau von damals noch gut in Erinnerung. Sie war ganz Leben und die Partei ihr alles. Freilich hatte sie nicht die Gabe, rednerisch für ihre Ideale zu wirken, aber sie tat das in der Stille mit jener Aufopferung, welche jene schwere Zeit an alle Genossinnen und Genossen stellte. Der verstorbenen Genossin Ihrer war Antonie Leuschner eine liebe Freundin, ebenso wie der auch längst vor ihr hingegangenen Genossin Wabnitz. Frau Leuschner gehörte mit zu den Begründerinnen des Vereins der Mäntelnäherinnen von 1888. Mit zunehmendem Alter — sie war am 11. September vorigen Jahres 69 Jahre alt — wurde ihr die Tätigkeit für die Partei immer schwerer, bis das Alter und andauernde Krankheit ihr die Parteiarbeit ganz unmöglich machte. Am 11. März ist sie im Moabiter Krankenhause gestorben. — Die Partei wird ihr Andenken in Ehren halten.

Ein schwunghafter Brotkartenhandel wurde in der letzten Zeit im Zentrum der Stadt betrieben. Jetzt ist es der Kriminalpolizei gelungen, vier dieser Händler zu ermitteln und festzunehmen. Ueber die Verhaftung des einen, eines Händlers Willi Döll, wurde schon berichtet. Die Hauptpersonen bei dem Treiben aber waren ein früherer Schneider Joseph Schulz und ein Arbeiter Karl Scholz. Diese beiden vertrieben die Karten für 50 Pf. das Stück gewerbsmäßig in der Versteigerungshalle in der Schönhauserstraße und in den Schankwirtschaften jener Gegend. Bei Schulz fand die Kriminalpolizei noch 100 Brotkarten und 200 M. bares Geld. Der Mann arbeitet schon lange nicht mehr und will nun glauben machen, daß er dieses Geld durch einen Handel mit alten Hemden erworben habe. Die Brotkarten habe er von einem Unbekannten gekauft. Es ist festgestellt, daß alle Kurten aus Einbrüchen in die Räume der Brotkommissionen in der Elisabeth- und Gipsstraße und in der Prenzlauer Allee herrühren. Die verhafteten Händler sind wahrscheinlich auch selbst die Einbrecher. Ein Beamter einer Brotkommission erinnert sich, daß Scholz am Tage vor dem Einbruch da war, um eine Zusatzkarte zu beantragen. Er hat das vermutlich als Vorwand benutzt, um die Gelegenheit und die Oertlichkeit auskundschaften zu können.

Ein tödlicher Straßenunfall ereignete sich gestern nachmittag im Osten der Stadt. Vor dem Hause Frankfurter Allee 821 lief gegen 4 Uhr nachmittags der siebenjährige Knabe Ewald Dittmann beim Spielen vor einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 168 auf das Gleis. Da der Führer den Wagen nicht mehr

zum Stehen bringen konnte, wurde der Kleine umgestoßen. Er geriet unter den Schutzrahmen des Vorderperrons und erlitt so schwere Verletzungen, daß er nur tot hervorgeholt werden konnte. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht.

Der Bezug von Benzin.

Vielfach wird Benzin zum Preise von 2 Mark und mehr für 1 Liter oder 1 Kilogramm angeboten.

Derartige Preise sind, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, auch unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Marklage viel zu hoch.

Zurzeit ist österreichisches Benzin in Deutschland in gewissen Mengen erhältlich.

Wer keine inländischen Ersatzmittel verwenden kann, kann Benzin von leistungsfähigen Benzin-Einfuhrgesellschaften zu angemessenen Preisen, die wesentlich unter 1 Mk. für das Kilogramm liegen, erhalten. Er hat also nicht nötig, Benzin von Händlern zu kaufen, die unangemessenen Zwischengewinn erstreben oder selbst zu unangemessenen Preisen eingekauft haben. Jeder Verbraucher wird sich aber die Frage vorlegen müssen, ob er nicht statt des ausländischen Erzeugnisses „Benzin" das inländische Erzeugnis „Benzol" verwenden kann, das in genügenden Mengen vorhanden und bei dem durch die Höchstpreisfestsetzung eine Uebervorteilung der Käufer ausgeschlossen ist.

Zu der Gasexplosion in der Ruppiner Str. 37, bei welcher eine Frau Peters und deren Kind schwer verletzt wurden, wird uns mitgeteilt, daß leider das Kind jetzt seinen Verletzungen erlegen ist. Frau Peters selbst liegt schwer darnieder. Sie hat nicht nur ihr Kind, sondern außerdem ihre gesamte Habe verloren, was sie um so schlimmer trifft, als sie gegen Brandschäden leider nicht versichert war. Die Schuld an dem Unfall trifft Frau Peters auf keinen Fall. Als sie von der Arbeit nach Hause kam und ahnungslos die Tür öffnete, erfolgte die Explosion durch die Flamme, die auf dem Treppenflur brannte. Ein Streichholz hat sie nicht angezündet. Anscheinend war die neu angelegte Leitung gegen das Ausströmen des Gases nicht gesichert.

Erhebung über die Heu- und Strohvorräte.

Nach einer Bekanntmachung des Magistrats findet am Dienstag, den 14. März, eine Erhebung über die Vorräte an Heu und Stroh statt. Der Erhebung unterliegt Heu und Stroh aller Art. Ausgenommen von der Erhebung sind Vorräte im Eigentum der Heeres- und Marineverwaltung und Vorräte, die in der Hand eines Besitzers 20 Zentner Heu oder 20 Zentner Stroh nicht übersteigen. Die Meldungen sind unter genauer Angabe der Menge schriftlich oder mündlich im städtischen Bureau für Futtermittelverteilung Berlin O 2, Stralauer Str. 15—22, Zimmer 815, anzumelden, und zwar unverzüglich, spätestens aber bis zum 15. März. Vorräte, die sich am 14. März unterwegs befinden, sind ebenfalls, und zwar vom Empfänger, anzuzeigen. Das Nähere ergeben die Anschläge an den Säulen.

Berlins Dörrgemüse.

Der Bürgermeister Dr. Reicke hat sich mit dem Kämmerer Böß und dem Stadtrat Munge nach Köln und Nürnberg begeben, um dort Gemüse- und Kartoffel-Trocknungs- und Verwertungsanstalten zu besichtigen. Es besteht die Absicht, eine oder mehrere derartige Anstalten in städtischen Gasanstalten zu errichten, zunächst um dort unter Ausnutzung der jetzt unbenutzt entweichenden Hitze und Gase auf Retorten Gemüse und Kartoffeln von den städtischen Rieselfeldern zu dörren. Der Magistrat wird dadurch in die Lage versetzt, die Gase der Retorten nutzbringend zu verwenden und Vorräte zu sammeln, die er bei seinem großen Eigengebrauch in den Krankenanstalten, Waisenhäusern, Arbeitshaus, Obdach, Kochschulen, Kinderspeiseanstalten, Irrenanstalten, Naturallieferungen an Arme, Hospitälern, Heimstätten usw. ausgezeichnet gebrauchen kann. Später soll dann auch ein Versuch gemacht werden, Küchenabfälle in ähnlicher Weise zu verarbeiten und als Kraftfutter für die Tierhaltung zu benutzen.

Im Kinderhaus Blumenstr. 97 beginnt am 18. März wieder der unentgeltliche Unterricht in Säuglingspflege mit praktischen Uebungen wöchentlich einmal. Meldungen schriftlich oder mündlich von 2 bis 5 Uhr im Bureau des Kinderhauses Blumenstr. 97.

Auf der Straße vom Tode überrascht wurde gestern nachmittag der 52 Jahre alte Arbeiter Gustav Herrmann aus der Schliemannstr. 48. Er wurde vor dem Hause Elsasser Str. 80 von einem Blutsturz befallen, brach zusammen und verschied auf der Stelle.

Straßenbahnzusammenstöße. Zu einer halbstündigen Störung im Straßenbahnverkehr kam es gestern nachmittag in der Königgrätzer Straße an der Ecke Köthener Straße. An der dort befindlichen Weiche sprang der Beiwagen eines Zuges der Linie P aus den Schienen und wurde infolgedessen von einem aus entgegengesetzter Richtung kommenden Triebwagen der Linie 21 angefahren. Drei Personen klagten nach dem Zusammenstoß über Schmerzen, konnten aber die Fahrt fortsetzen und brauchten ärztliche Hilfe nicht in Anspruch zu nehmen. Während der Störung, die 35 Minuten dauerte, wurden die Wagen der die Unglücksstelle passierenden Linien umgeleitet. — Zu einem Zusammenstoß der Städtischen Straßenbahn mit einem Zuge der Großen Berliner Straßenbahn kam es gestern vormittag gegen 1/4 9 Uhr an der Französischen und Markgrafenstraße. Dort fuhr ein Triebwagen der Städtischen Straßenbahn in der Kreuzung gegen den Beiwagen eines Zuges der Linie 55. Zwei Fahrgäste erlitten bei dem Zusammenstoß leichte Verletzungen und begaben sich, nachdem sie die Hilfe der nächsten Unfallstation in Anspruch genommen hatten, nach ihren Wohnungen. An dem angefahrenen Wagen wurde die Achse zerbrochen und eine Seitenscheibe zertrümmert.

Beim Besteigen eines fahrenden Straßenbahnwagens ist am Montagmorgen eine Frau Rosa Krünnel schwer verunglückt. Sie versuchte vor dem Hause Hermannstr. 170 in Neukölln auf einen vorüberfahrenden Straßenbahnwagen der Linie 21 aufzuspringen, kam jedoch dabei zu Fall und geriet derart unter den Beiwagen, daß ihr eines der Vorderräder den linken Fuß abtrennte. Die Verunglückte wurde nach dem Neuköllner Krankenhause in Buckow gebracht.

Vier Kinder erstickt.

Ein entsetzliches Unglück, dem die vier Kinder einer Kriegerfamilie zum Opfer fielen, hat sich in Reinickendorf zugetragen. Die dort in der Eichbornstr. 40 wohnende Frau Lehmann, deren Gatte Feldzugsteilnehmer ist und gegenwärtig in einem Reservelazarett sich befindet, war am Sonnabendabend gegen 8 Uhr fortgegangen, um Einkäufe zu besorgen, und hatte ihre vier Kinder im Alter von 6 Jahren bis zu 11 Monaten allein in der Wohnung zurückgelassen, nachdem sie sie zu Bett gebracht hatte. Nach einiger Zeit nahmen Flurnachbarn Brandgeruch wahr und sahen auch, daß aus der Lehmannschen Wohnung Qualm drang. Da bekannt war, daß Frau L. fortgegangen war, so ahnte man nichts Gutes und erbrach ohne weiteres die Korridortür. In dem Zimmer, das stark verqualmt war, fand man die vier Kinder in ihren Betten liegend auf, sie gaben jedoch keine Lebenszeichen mehr von sich. Es wurde sofort telephonisch ein Arzt und die freiwillige Feuerwehr hinzugerufen, die in kürzester Zeit zur Stelle waren. Trotz stundenlanger angestrengter Wiederbelebungsversuche mittels Sauerstoffapparates gelang es leider nicht, die Kleinen wieder zum Bewußtsein zu bringen. Während man sich noch um die Kinder bemühte, kehrte die Mutter zurück, die bei dem Anblick der Leichen ohnmächtig zusammenbrach. Die Ursache des entsetzlichen Unglücks ist zweifellos darauf zurückzuführen, daß das älteste Kind im Bette mit Streichhölzern gespielt hat, denn eine Schachtel Zündhölzer ist in dem Bette gefunden worden. Dabei hat sich wohl eines der Hölzchen entzündet und beim achtlosen Wegwerfen die Seegrasmatratze in Brand gesetzt. Der durch das Schwelen der Matratze und Betten hervorgerufene Qualm hat dann die vier Kleinen erstickt.

Der Schöneberger Straßenbahnzusammenstoß in der Nacht zum Sonnabend hat ein Opfer gefordert. Der Koch Emil Kramer aus der Hackerstraße 21 in Steglitz, dem der linke Fuß abgenommen werden mußte, ist gestern früh im Schöneberger Krankenhaus seinen schweren Verletzungen erlegen.

Die Bluttat auf der Michendorfer Landstraße ist gestern durch den Wahrspruch der Potsdamer Geschworenen gesühnt worden. Die beiden 18jährigen Kutscher Eduard Lehmann aus Nowawes und Erich Fritsche aus Potsdam, trotz ihrer Jugend schon vorbestraft, waren angeklagt, in der Nacht vom 23. zum 24. Dezember v. J. auf der Landstraße zwischen Michendorf und Potsdam gemeinschaftlich den 63jährigen Bierkutscher Gustav Liepe von der Brauerei Abelung u. Hoffmann in Potsdam beraubt und durch die angewandte Gewalt den Tod des Liepe verursacht zu haben. Die Angeklagten hatten bis ins Einzelne den Plan verabredet und wollten schon am 16. Dezember einen Bierfahrer überfallen, den sie auch in der Nacht der Ausführung erwartet hatten. An seiner Statt kam der „Vater Liepe" und Fritsche beschloß jetzt Rache zu nehmen, weil er wegen der Brauerei Abelung u. Hoffmann zwei Wochen Gefängnis erhalten hatte. Während Lehmann die Zügel hielt, riß Fritsche den alten Liepe, der auf dem Wagen schlief, zurück und schlug ihn mit Bierflaschen gegen den Kopf. Dann schnitt er die Tasche ab, die 876,75 M. enthielt, und beide teilten den Raub. Mit dem „Weihnachtsgeld" beglichen sie ihre Schulden und beschenkten ihre Bräute, Fr. auch sein uneheliches Kind. Durch die Geldausgaben hatten sich die Anklagten verdächtig gemacht. L. erlag am 25. Dezember seiner schweren Verletzung, die die Sachverständigen unbedingt auf den Schlag mit den Bierflaschen zurückführten. Die Angeklagten waren geständig und Fritsche gab zu, allein geschlagen zu haben. Durch den Wahrspruch der Geschworenen wurden beide des schweren Straßenraubes mit Todeserfolg schuldig befunden und entsprechend dem Antrage des Staatsanwalts zu je 12 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Das Gericht berücksichtigte die Gemeingefährlichkeit der Angeklagten, die, anstatt zu arbeiten, in dieser schweren Zeit Verbrechen ausführen, um sich zu bereichern, um dann ihre Bräute ausstatten zu können. Ein ordentlicher, braver Mann mußte ihnen zum Opfer fallen und da gebührt eine strenge Strafe.

Verloren wurde ein rotes Notesbuch, enthaltend zirka 17 Mark Papiergeld, einen Militärpaß, einen Trauschein, ein Mitgliedsbuch vom Metallarbeiterverband, alles auf den Namen des Schlossers Karl Freigang, Schöningstr. 2 wohnhaft lautend, am 11. d. Mts. gegen 1 Uhr nachts auf dem Wege von Ofener Str. 4—5 durch die Glasgower Straße nach Schöningstr. 2. Der Finder wird um Abgabe oder Zusendung der Papiere an obige Adresse gebeten.

Aus den Gemeinden.

225 Prozent Gemeindesteuern für Adlershof.

Der Kommunalsteuerzuschlag in Adlershof soll im Rechnungsjahr 1916 auf 225 Proz. erhöht werden.

In der nächsten Gemeindevertretersitzung wird ein Antrag beraten werden, den Milchpreis von 30 auf 36 Pf. zu erhöhen.

Gemeindewahlergebnisse.

Britz. Bei der am Sonntag vollzogenen Wahl wurden unsere Kandidaten mit je 217 Stimmen gewählt. Gegnerische Kandidaten waren nicht aufgestellt.

Treptow-Baumschulenweg. Im 1. Wahlbezirk wurde der in Ermangelung eines Hausbesitzers aufgestellte Kandidat Herr Architekt Adolf Kröbel mit 65 Stimmen von unserer Genossen gewählt.

Im 2. Wahlbezirk erhielt der Genosse Josef Hartmann 122 Stimmen. Gegnerische Stimmen wurden nicht abgegeben.

Soziales.

Die Deutsche Bank als Klägerin.

Wegen Vertragsbruch klagte die Deutsche Bank gegen eine bei ihr beschäftigt gewesene Maschinenschreiberin zunächst beim Kaufmannsgericht. Hier wurde die Klage wegen Unzuständigkeit nicht verhandelt, weil die Maschinenschreiberin nicht als kaufmännische Angestellte anzusehen ist. Dann kam die Klage vor das Gewerbegericht, wo sie gestern verhandelt wurde.

Die Beklagte war mit einem Monatsgehalt von 130 M. und monatlicher Kündigung eingestellt, aber schon nach drei Tagen fortgeblieben. Sie gab an, sie sei, weil ihr die Arbeit zu schwer war, erkrankt, habe dies der Deutschen Bank mitgeteilt mit dem Bemerken, es sei wohl am besten, wenn der Vertrag gelöst werde. Ohne eine Antwort der Deutschen Bank abzuwarten, trat die Beklagte zwei Tage nach Absendung des Schreibens eine neue Stellung an. — Der Vertreter der Deutschen Bank beantragte vor dem Gewerbegericht, die Beklagte zur Erfüllung des Arbeitsvertrages zu verurteilen. Als ihm bedeutet wurde, daß es kein gesetzliches Zwangsmittel zur Erfüllung einer persönlichen Arbeitsleistung gibt, da forderte der Vertreter der Klägerin, die Beklagte solle für jeden Tag der Vertragsdauer 7 Mark an die Deutsche Bank zahlen. Denn diesen Betrag müsse die Bank der an Stelle der Beklagten eingestellten Maschinenschreiberin zahlen. Die Beklagte meinte dagegen, ihr Gehalt habe ja nur wenig über 4 M. täglich betragen. Da werde ihre Nachfolgerin doch nicht 7 M. bekommen. So viel zahle die Deutsche Bank keiner einzigen Maschinenschreiberin. — Die Klägerin kam übrigens schon aus einem anderen Grunde mit ihrem Antrage nicht durch. Sie hätte ja, wenn sie Schadenersatz in solcher Höhe beansprucht, den Schaden nachweisen müssen, was sie nicht konnte. Der Vertreter der Klägerin beschränkte sich dann, nachdem er über die rechtlichen Verhältnisse belehrt worden war, auf die Forderung der nicht an den Nachweis gebundenen Vertragsbuchstrafe eines ortsüblichen Wochenlohnes, der in diesem Falle 18 M. beträgt. Demgegenüber stand eine Forderung der Beklagten von 18 M. Gehalt für die drei Tage, wo sie bei der Deutschen Bank gearbeitet hatte. Von den weitgehenden Forderungen, welche der Vertreter der Deutschen Bank „aus Prinzip" gestellt hatte, blieb also nur noch eine Forderung von 5 M. übrig. Auf diesen Betrag konnte die Klägerin natürlich großmütig verzichten. Sie ging deshalb einen Vergleich ein, wonach die Beklagte 5 M. an das Rote Kreuz zahlt.

Aus aller Welt.

Kein Fett — keine Hypotheken!

Von einer merkwürdigen Verquickung von Fetteinkauf und Hypotheken weiß die „Frankfurter Zeitung" zu erzählen. Danach soll eines Tages eine wohlhabende Hausbesitzerin, die auf dem Grundstück eines Fleischers eine Hypothek stehen hatte, diesen angeklingelt haben mit der Anfrage, ob ihr der Meister nicht etwas Fett besorgen könne. Die Bittstellerin begründete ihr Verlangen damit, daß sie als Hypothekengläubiger ja auch nicht die Hypothekenzinsen während des Krieges erhöht habe. Der Meister reagierte auf das Verlangen aber ablehnend, zumal die Dame nicht seine ständige Kundin war und er selbst nicht über so viel Fett verfügte, wie in seinem Laden verlangt wurde. Zu seiner Ueberraschung erhielt er nach einigen Tagen ein Schreiben, das besagte: „Geehrter Herr H. Hiermit wollte ich Ihnen mitteilen, daß ich Ihnen das Kapital nicht länger zum alten Zinsfuß stehen lassen kann. Wenn Sie vom 1. April d. J. ab 6 v. H. zahlen wollen, so ist es mir recht, andernfalls sehe ich mich genötigt, das Kapital zu kündigen. Ihrer baldigen, möglichst umgehenden Antwort entgegensehend, zeichnet achtungsvoll Frau Geheimrat Sch."

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Fleischermeister für die Nichtlieferung von Fett von seiner Gläubigerin bestraft werden soll. Was werden wir nicht alles erleben auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung?!

Krawall auf dem Wochenmarkte. Der „Deutschen Tagesztg." wird berichtet: Einen bösen Lebensmittelkrawall gab es am Sonnabend auf dem Plauener Wochenmarkt. Eine Gemüsehändlerin hatte zu hohe Preise gefordert und erging sich auch noch gegenüber den Käuferinnen, insbesondere den Kriegerfrauen, in unflätigen Beschimpfungen. Ihr Stand wurde von den empörten Leuten umgerissen, der Warenvorrat zerstreut und zum Teil weggenommen. Die Polizei mußte eine Verhaftung vornehmen.

Eisenbahnunglück in Frankreich. Infolge Nebels ist ein Personenzug von Brest nach Chartres in der letzten Nacht bei Laloupe mit einem Güterzuge zusammengestoßen. Zwei Wagen wurden beschädigt. Sieben Personen wurden getötet, gegen fünfzig verletzt.

Erderschütterungen in Italien. Wie Mailänder Blätter melden, wurde am Sonntag in den Gegenden von Venedig, Florenz, Ancona und Treviso ein 25 Sekunden dauernder leichter Erdstoß verspürt.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 478 der preußischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Garde: 1., 3., 4. und 5. Garde-Regiment z. F.; 6. und 7. Garde-Infanterie-Regiment; Garde-Grenadier-Regimenter Alexander, Franz, Elisabeth, Augusta und Nr. 5; Garde-Reserve-Schützen-Bataillon. Grenadier-, Infanterie- oder Füsilier-Regimenter Nr. 1, 14, 27 (s. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 217), 28, 29, 31, 39, 42 (s. Ref.-Inf.-Regt. Nr. 9), 54, 56, 58, 62, 68, 72, 82 bis einschl. 86, 88, 89, 90, 91 (s. auch Ref.-Inf.-Regt. Nr. 235), 92, 94, 95, 97, 109 bis einschl. 114, 116, 118, 129, 135, 136, 138, 141 bis einschl. 150, 152, 156, 158, 171, 173 bis einschl. 176, 186. Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 9, 24, 25, 27, 28, 29, 31, 61, 67, 68, 80 bis einschl. 84, 86, 87, 90, 91, 93, 94, 98, 109, 111, 116, 118, 130, 204, 214 bis einschl. 217, 219, 227, 228, 233, 235, 238, 254, 256, 257, 259, 265, 266. Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 5, 25, 27, 28, 40, 55, 56, 78, 82, 83, 93, 109, 116, 118. Rekruten-Depot der Armee-Abteilung Scholtz. Jäger-Bataillone Nr. 1, 3, 4, 9; Reserve-Bataillon Nr. 22.

Kavallerie: 1. Garde-Ulanen. Kürassiere Nr. 1, 2, 3. Dragoner Nr. 9 (s. Garde-Ref.-Schützen-Bataillon) und 20. Husaren Nr. 1, 5, 8; Reserve-Husaren Nr. 5. Jäger zu Pferde Nr. 1.

Feldartillerie: Regiment Nr. 52 (s. Feldfliegertruppe).

Pioniere: III. Garde-Bataillon; Ersatz-Bataillon des I. Garde-Bataillons. Regimenter Nr. 19, 20, 23, 24, 25, 29, 31, 35. Bataillone: I. Nr. 1, I. Nr. 2, I. und II. Nr. 5, I. Nr. 6, II. Nr. 8, I. Nr. 9, I. Nr. 10, II. Nr. 11, I. Nr. 14, III. Nr. 16, I. und II. Nr. 21, I. Nr. 27, I. und III. Nr. 28. Kompagnien Nr. 104, 213, 225, 229, 285, Modlin; Reserve-Kompagnien Nr. 49, 82, 87, 88; 1. Landwehr-Kompagnie des 4. Armeekorps (s. III. Pionier-Batl. Nr. 16); 1. Landsturm-Kompagnie des 10. Armeekorps. 2. und 3. Landsturm-Pionier-Parkkompagnie. — Scheinwerferzug Nr. 255. — Minenwerfer-Kompagnien Nr. 10, 25, 191 (L), 221, 318. Schwere Minenwerfer-Abteilung Nr. 7.

Verkehrstruppen: Militär-Eisenbahndirektion I Lille. Linien-Kommandantur A. Eisenbahn-Regiment Nr. 4, Reserve-Eisenbahnbau-Kompagnie Nr. 10. Eisenbahn-Betriebskompagnie Nr. 66. — Fernsprech-Doppelzug Nr. 117. Festungs-Telegraphenbau-Kompagnie Nr. 3. Schwere Funkenstation Nr. 3. — Feldfliegertruppe. — Kavallerie-Kraftwagenkolonne Nr. 7. Etappen-Kraftwagenpark der 8. Armee, der 10. Armee (s. Etapp.-Kraftw.-Park der 8. Armee) und der Armee-Abteilung Gallwitz.

Train: Train-Abteilungen Nr. 3 und 20. Landsturm-Train-Eskadron Danzig. — Fuhrparkkolonnen Nr. 1 des 11. Armeekorps, Nr. 275 und 318. Magazin-Fuhrparkkolonnen Nr. 71 der 11. Armee, Nr. 341 und 384. Etappen-Fuhrparkkolonnen Nr. 11 der 10. Armee, Nr. 144 und 312. — Etappen-Bäckereikolonne des 6. Armeekorps; Etappen-Hilfsbäckereikolonne Nr. 2 des 4. Armeekorps. — Korpsschlächterei des 7. Reservekorps. — Divisions-Brückentrain Nr. 4.

Fußartillerie-Munitionskolonne Nr. 1 des 14. Armeekorps.

Sanitäts-Formationen: Sanitäts-Komp. Nr. 1 des 7. Armeekorps. Feldlazarett Nr. 143. Kriegslazarett-Abteilung Nr. 52.

Armierungs- und Straßenbau-Formationen: Armierungs-Bataillone Nr. 14, 27, 83, 107, 113, 118, 133. Straßenbau-Kompagnien Nr. 16 und 17.

Feldintendantur des 21. Armeekorps.

Artilleriedepot Wittenberg.

Liste Nr. 1 der aus England zurückgekehrten Austausch-Gefangenen der Kaiserlichen Schutztruppen usw., und Liste Nr. 4 der aus England zurückgekehrten preußischen Austausch-Gefangenen werden veröffentlicht.

Parteiveranstaltungen.

Oberschöneweide. Zu der am 19. März stattfindenden Gemeindevertreterwahl findet heute Dienstag, den 14. März, abends 8½ Uhr, bei Kolchlitzki eine Wählerversammlung statt, in der auch die Kandidaten aufgestellt werden sollen. Genosse R. Schwarzburger referiert über „Die Aufgaben der Gemeinde". Wähler ist, wer im Dezember 1913 im Orte gewohnt und in der Wählerliste 1914 gestanden hat.

Jugendveranstaltungen.

Steglitz-Friedenau. Morgen Mittwoch, den 15. März, findet im „Jugendheim" Steglitz, Kniephof- Ecke Jeverstraße eine Märchenvorlesung für die Kinder der Genossen statt. Beginn nachmittags 3½ Uhr. Um rege Beteiligung wird gebeten.

Briefkasten der Redaktion.

W. 70. Die Unfallberufsgenossenschaft hat mit dieser Rente nichts zu tun. Der Antrag kann persönlich unter Vorlegung der Quittungskarten beim Versicherungsamt Berlin, Klosterstraße 65/67, gestellt werden. — **M. F. 30.** Zur Verheiratung bedarf es in diesem Falle der Aufhebung des Eheverbots, die wohl erfolgt sein wird. Für das uneheliche Kind wird die Unterstützung gezahlt; Ihnen wird die Unterstützung nicht entzogen. — **P. S. 100.** Nein. — **A. M. J.** 1. Aus der Staatskasse. 2. Die Eltern können einen Antrag auf Aufwandsentschädigung bei der unteren Verwaltungsbehörde (Polizeirevier) stellen. — **H. F. 53.** Lungenleiden; schlechte Zähne; landsturmpflichtig. — **J. K.** Nein. — **Stren 126.** 1. Der Betreffende muß die Genehmigung des Regimentskommandeurs einholen und 150 M. Kaution stellen. 2. Anmeldung auf dem Standesamt unter Vorlegung der Geburtsurkunden und der Militärpapiere. 3. Nein, wenn Sie nur arbeitsverwendungsfähig bleiben. 4. Sie müssen den Austritt aus der Kirche dem Amtsgerichte des Bezirks, in dem sich Ihre Wohnung befindet, schriftlich mitteilen und in dem vom Gericht anzuberaumenden Termin Ihren Austritt persönlich vor dem Richter erklären. 5. Ja. — **P. K. 254.** Die Verfügung gilt nur für Groß-Berlin; es sei denn, daß der Amtsvorsteher auch dort eine solche erlassen hat. — **A. B. 1.** Ja. — **Kasse 1110.** Sie können zur Rückerstattung der von der Kasse gemachten Aufwendungen event. durch Klage gezwungen werden. — **F. J. 62.** Nein. — **Gretchen 86.** 3. Nein. — **L. D.** Wir empfehlen Ihnen die Volksfürsorge, Engelufer 18. — **K. S. 32.** Eine Klage ist aussichtslos. Die Garantie erstreckt sich nicht auf Bruch der Feder und des Zylinders; eine solche Reparatur wird der Uhrmacher vorgenommen haben. — **H. B. 54.** Wir würden Ihnen den Umtausch der Quittungskarte empfehlen. Marken zu kleben, sind Sie nicht verpflichtet; die Militärzeit wird angerechnet. — **A. J. 4.** Nein. — **W. A. 44.** Ja.